

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Coloneszeile für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schäftsleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

### „Reserve hat Ruh!“

Dieser Refrain des alten Reservistenliedes bringt in den nächsten Wochen wieder aus Tausenden jungen kräftigen Jünglingen in alle Welt. Die Dienstzeit im Rock des Kaisers ist beendet. Noch kann er singen, singen, so recht aus vollem Herzen. Fühlt er sich doch jetzt mit einem Schlage der ungebundenen Freiheit wiedergegeben. Kein Kommando und kein Hapfenstreich ruft ihn zurück; er ist wieder sein eigener Herr und Gebieter geworden.

Doch wie lange? Bald, gar zu bald tritt des Lebens Not an ihn heran. Dann muß er sich der Arbeit beugen, die ihm Lebensunterhalt gewährt, und sein ganzes zukünftiges Streben und Werden durchbringt. Bei den meisten geht es wieder zurück in den alten lieben Beruf. Nicht immer, nur selten geht es wieder in die ehemalige Werkstatt zurück, in die früher gewohnte Umgebung. Unsere schnelllebige Zeit hat während der zwei oder drei Jahre Dienstzeit vieles verändert. Das ganze Wirtschaftsgetriebe hat ein anderes Gesicht und der Kampf ums Dasein ist keineswegs leichter geworden.

Hinein muß der junge Mann aber, hinein in den harten Kampf ums Dasein! Da, gerade in dieser Zeit, ist ihm jede Hilfe willkommen, durch deren Förderung er sich schneller wieder in das ihm umbräufende Wirtschaftsleben hineinfindet. Er sucht die starke Stütze, den festen Halt. Schwer würde es ihm auch werden, wenn er allein, ohne die Hilfe seiner Arbeitskameraden, seinen Weg suchen wollte. Ja, er wäre ein Tor, wenn er es auch nur versuchte. Seine Kollegen und Mitarbeiter reichen ihm ja gern die helfende Hand, sie haben das größte Interesse, mit ihm, dem Jugendfrischen, im gleichen Schritt und Tritt zu marschieren. Aber auch ihm selbst wird es eine Lust und Freude sein, gleichwertig und gleichberechtigt als Glied in den großen Körper der organisierten Arbeit ohne Schwierigkeiten einreihen zu können.

Dem soeben vom Militär Entlassenen dazu die Wege zu ebnen, soll eine besondere Aufgabe der nächsten Wochen für uns als organisierte Arbeiter sein. Sollen uns aus den mit den Arbeitsverhältnissen unvertrauten jungen Kollegen nicht lästige Streber und Bohndrücker erstehen, dann ist es ganz selbstverständlich, diese Kollegen in den Kreis der Organisation hineinzuziehen. Gerade das in den besten Jahren stehende frische Element — vom Organisationsgedanken einmal erfaßt — bildet den Sauerteig, aus dem sich Agitationseifer und Opferwilligkeit am besten entwickelt. Und darum darf man diese werdenden Mitarbeiter nicht als „unfertige Menschen“ links liegen lassen, sondern soll sich ihrer besonders annehmen. Umso mehr, weil sie eben durch ihre Mollertierheit sehr schnell und leicht für die Organisation zu gewinnen sind.

Dabei sei aber das Nächstliegende keineswegs vergessen. Es sind in den letzten Jahren aus unserem christlichen Metallarbeiterverband jeden Herbst 600 bis 700 Kollegen zum Militär eingetreten, von denen mindestens 95 Prozent nach ihrer Entlassung wieder in die Industrie zurückkommen. Im vergangenen Jahre haben sich jedoch nur etwas mehr als 200 als Mitglieder wieder angemeldet. Der Rest von über 400 ist durch den Militärdienst dem Verband verloren gegangen. Es ist deshalb unbedingt notwendig, mit diesen Kollegen auch während der Militärzeit nach Möglichkeit Fühlung zu behalten, um sie um so leichter wieder nach ihrer Entlassung dem Verband zuführen zu können.

Durch die Einführung der Militärunterstützung, die auf dem letzten Verbandstag beschlossen wurde, ist dazu eine außerordentlich günstige Gelegenheit geboten. Dadurch, daß der Kollege während der Dienstzeit einmal seine erworbenen Rechte an den Verband nicht verliert und er andererseits noch einen Anspruch auf eine ausgesprochene Militärunterstützung hat, ist die Verbindung mit dem Verband ohne Weiteres hergestellt, auch das Interesse am Verband wachgehalten. Unsern Verbandsfunktionären ist jetzt die Möglichkeit geboten, nach der Militärzeit wieder direkt mit den Kollegen in Berührung zu kommen. Da den zur Entlassung kommenden Kollegen — falls sie vor ihrem Eintritt zum Militär zwei Jahre Verbandsmitglied waren, eine Unterstützung zusteht, ist zu erwarten, daß sich jetzt mehr als in früheren Jahren direkt wieder zur Verbandsmitgliedschaft anmelden. Von der Hauptverwaltung des Verbandes aus werden die noch dienenden Kollegen, soweit deren Adressen der Verbandsleitung zugesandt wurden, noch besonders auf die Notwendigkeit ihrer sofortigen Wiederanmeldung hingewiesen, also möglichst wirksam vorgearbeitet.

Bei der Auszahlung der Militärunterstützung an die vom Militär zurückkehrenden Kollegen kommen eine Reihe von neuen Ausführungsbestimmungen in Betracht, die unsere Verbandsfunktionäre genau beachten wollen. Und zwar darf

Militärunterstützung an die vom Militär zurückkehrenden Kollegen nur nach Anweisung der Hauptverwaltung ausbezahlt werden. Es ist dazu auf besonderen Formularen — die von der Hauptverwaltung allen Verwaltungsstellen zugestellt werden — ein besonderer Antrag zu stellen. Falls das Mitgliedsbuch noch nicht während der Dienstzeit bei der Hauptverwaltung zur Aufbewahrung war, ist das Mitgliedsbuch zugleich mit dem Antrag einzusenden. Die Anweisung der Unterstützung, deren Höhe sich nach der Mitgliedschaftsbauer richtet, erfolgt dann umgehend an die antragstellende Verwaltungsstelle.

Es muß eine besonders wichtige Aufgabe der Verbandsfunktionäre sein, den sich meldenden Kollegen möglichst am Orte Arbeit zu verschaffen. Man darf sich da schon etwas mehr Mühe geben, um sie eventuell auch dort unterbringen zu können, wo sie mit Kollegen unseres Verbandes zusammen arbeiten. Wenn das gelingt — und das müßte so ziemlich überall der Fall sein — dann ist auch die weitere Mitgliedschaft des Kollegen gesichert. Unsere Gegner sind auf diesem Gebiet ganz besonders rührig, sie suchen gerade diese Kollegen für sich zu gewinnen. Deshalb darf wohl mit Sicherheit erwartet werden, daß jetzt zum Herbst der Gewinnung aller vom Militär zurückkehrenden Metallarbeiter die größte Aufmerksamkeit gewidmet wird. Der Erfolg wird nicht ausbleiben.

### „Wer will unter die Soldaten...“

Wenige Tage nachdem die Reservelieder verklungen sind, müssen wieder Hunderte unserer Mitglieder in diesem Jahre Soldat werden; fast 1000 rücken zu den Fahnen ein. Sie verlassen das Wirtschaftsleben, um zu des Vaterlandes Schutz und Wehr ausgebildet zu werden. Damit sind sie aber keineswegs von der Welt abgeschlossen. Mit ihren Angehörigen stehen sie in ständiger Verbindung, empfinden es sogar recht wohlthuend, wenn ihrer recht oft gedacht, besonders, wenn ihren spärlichen Finanzen hin und wieder etwas aufgeholfen wird. Auch mit ihren Freunden und Arbeitskollegen bleiben sie in Fühlung. Und das mit Recht.

Ist es nicht selbstverständlich, daß die Kollegen auch ihren Verband nicht vergessen dürfen, den Verband, der ihnen im Arbeitsverhältnis ständig zur Seite stand, ihnen im Wirtschaftsleben Schutz und Schirm war? Wird doch auch der Verband seine zum Militär eingetretenen Kollegen nicht vergessen. Während der Dienstzeit, die eine längere Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses bringt, ist er von der Fürsorge des Verbandes begleitet. Und zwar durch die Militärunterstützung an die zum Militär eintretenden Kollegen.

Die letzte Generalversammlung hat bekanntlich beschlossen, diesen Kollegen — falls sie zwei Jahre Mitglied des Verbandes waren — eine Militärunterstützung zu gewähren. Diese Unterstützung soll in zwei Raten ausbezahlt werden. Die erste Rate wird den Kollegen zu Weihnachten des ersten Dienstjahres durch die Hauptverwaltung zugesandt. Den Genuß dieser Unterstützung wird sich selbstverständlich wohl kein Kollege entgehen lassen wollen. Um zu vermeiden, daß sie ihnen nicht zuteil wird, mögen die zum Militär Eintretenden genau beachten, was sie zu tun haben, um sich die Unterstützung zu sichern.

Die Kollegen haben selbst dafür Sorge zu tragen, daß ihre Mitgliedsbücher — bis zur letzten Woche geklebt — sofort beim Eintritt ins Militärverhältnis an die Hauptverwaltung geschickt werden. Ebenso sollen sie selbst ihre Militäradresse — Garnison, Regiment, Kompanie usw. — der Hauptverwaltung mitteilen. Die Zusendung der Wehrmachtunterstützung geschieht nur durch die Hauptverwaltung, also nicht durch die Ortsverwaltungen und Zahlstellen.

Das sollen insbesondere auch die Funktionäre in den Verwaltungsstellen beachten. Im letzten Jahre sind noch bis vor kurzem Reklamationen auf Auszahlung von Militärunterstützung eingelaufen, die nicht mehr berücksichtigt werden konnten, weil entweder das Mitgliedsbuch oder die Militäradresse nicht rechtzeitig oder auch gar nicht eingegangen war. Wie es sich nachher zumeist herausstellte, lag das weniger an den dienenden Kollegen, sondern an den Vorständen der Ortsverwaltungen. Gemäß den früheren Bestimmungen des Statuts sind damals

noch zum größten Teil an die Ortsverwaltungen die Bücher und Adressen abgegeben worden. Dort ist dann das Material liegen geblieben und die Kollegen beim Militär warteten vergebens auf die Unterstützung. Das ist doppelt bedauerlich, weil seinerzeit wiederholt im Verbandsorgan die neuen Bestimmungen veröffentlicht und auf sie aufmerksam gemacht wurden. Die statutarischen Vorschriften müssen aber bei diesem Unterstützungszweig genau so gut wie bei allen anderen Unterstützungsarten beachtet und eingehalten werden. Es liegt also im eigenen, wohlverstandenen Interesse unserer jungen Kollegen, wenn sie selbst das Notwendige besorgen und es nicht dem Vorstand ihrer Zahlstelle überlassen.

Zu begrüssen ist es, wenn unsere jungen Kollegen auch beim Militär eine recht enge Fühlung mit dem Verband aus eigenem Antrieb heraus zu halten suchen. Wiederholt haben sich Kollegen an die Hauptverwaltung gewandt und um Material zur Orientierung über die Vorgänge des Wirtschaftslebens und der Verbandsaktivität ersucht. In solchen Fällen ist früher schon die regelmäßige Zustellung des Verbandsorgans, auch hin und wieder von Neuerscheinungen der Gewerkschaftsliteratur erfolgt. Solche Kollegen haben sich dann in ihrer freien Zeit gelegentlich mit kleinen literarischen Arbeiten versucht, die wiederholt im Verbandsorgan Verwendung fanden. Jedenfalls kann den Kollegen beim Militär nur geraten werden, sich in ihren Mußestunden — die es auch dort gibt — recht viel mit den Fragen zu beschäftigen, welche bei ihrer Entlassung sofort wieder in ihrer ganzen Größe an sie herantreten. Es kann und wird nur zu ihrem eigenen Nutzen sein.

Deshalb noch einmal: Ihr jungen Kollegen, ihr angehenden Rekruten, die ihr in den nächsten Wochen den rauhen Arbeitsmittel mit der schmutzigen Uniform vertauscht, laßt euch damit nicht zuer Verhältnisse, in dem ihr bisher zum Verband standet.

Nach beendeter Dienstzeit, wenn es heißt „Parole ist Heimat — Reserve hat Ruh“, wird doch wieder „Im gleichen Schritt und Tritt marschier“ auf der Arbeitsstelle. Und da sollt ihr wieder euren Mann stellen und mit dabei sein, die Interessen eures Standes zu vertreten.

Kann da einer von euch fehlen? Nein, auch eurem Verbands gegenüber heißt es: „Wir halten fest und treu zusammen.“

### „Hohenlimburg und Menden.“

Auf den Vereinigten Walz- und Röhrenwerken in Hohenlimburg legten am 17. August die Walzer unter Kontrakbruch die Arbeit nieder. Dieselben gehörten zum Teil dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverbande an, zum Teil waren sie nicht organisiert; christlich organisierte Arbeiter kamen nicht in Frage. Im Verlauf des Streiks sind schwere Ausschreitungen vorgekommen. Am Fabrikbüro wurden sämtliche Fensterscheiben zertrümmert, ein Automobil schwer beschädigt usw. Erst, nachdem der Landrat von Iserlohn und der Regierungspräsident von Arnsberg vermittelnd eingriffen, kam es zur Beilegung des Kampfes.

Verlauf und Beendigung dieses Streikes, sowie das Verhalten der Regierungsbehörden, veranlaßte die „Westdeutsche Volkszeitung“ (Nr. 201), einen Vergleich zu ziehen zwischen dem Kampf in Hohenlimburg, wo keine christlich organisierten streikten, und der Mendener Ausherrung, wo nur christlich organisierte Arbeiter in Betracht kamen, Ausschreitungen aber nicht vorgekommen sind. Die Westdeutsche Volkszeitung schreibt dazu unter obiger Ueberschrift:

„Der Streit bei der Firma „Burag“ in Hohenlimburg ist nach achtstägiger Dauer zu Ende gegangen, nachdem die bestreikte Firma den Arbeitern verschiedene Zugeständnisse gemacht hatte. Die rasche Beendigung des Kampfes ist gewiß zum guten Teile dem Eingreifen des Herrn Landrats Kauf von Iserlohn und des Herrn Regierungspräsidenten v. Bake von Arnsberg zu verdanken, die beide zur persönlichen Information in Hohenlimburg erschienen waren und die Vermittlungsbemühungen des Bürgermeisters unterstützten.“

Es ist erst wenige Monate her, da wurde derselbe Herr v. Bake gebeten, zur Anbahnung eines Friedensschlusses in dem halbjährigen Mendener Arbeitskämpfe seine Vermittlung wirksam zu machen. Damals lehnte Herr v. Bake diese Bitte rundweg ab.

Es ist natürlich, daß man sich in weiten Kreisen unserer Bevölkerung recht eigene Gedanken über diese Zwiespältigkeit in dem Verhalten des obersten Beamten unseres Regierungsbezirks macht, und wir haben schon sehr scharfe Urteile darüber gehört. Es ist selbstverständlich ausgeschlossen — es würde eine Beleidigung sein, dem Chef der Regl. Regierung ein solches überhaupt zu insinuierten — daß die Erklärung der Zwiespältigkeit darin zu finden wäre, daß in Hohenlimburg sozialdemokratisch organisierte, in Menden dagegen mehr als sechsmal so viele christlich-nationale Arbeiter im Kampfe standen. Durch unterrichtete sich der Verlauf der Bewegung an dem



beiden Orten? Wesentlich darin, daß die christlich-nationalen Arbeiter in Mendon während der sechsmonatigen Dauer der Aussperrung eine bewundernswürdige Ruhe und Mäßigung bewahrten, während der Streik in Hohenlimburg mit schweren Ausschreitungen begann. Es liegt uns fern, die Streikenden selbst dafür verantwortlich zu machen; zweifellos aber ist, daß das propagandistische Verhalten der führenden „Genossen“ und besonders des sozialdemokratischen Blattes, der „Abendblätter Volkstimme“, jene Stimmung zu erzeugen geliefen hat, die in den Ausschreitungen sich entlud. Wir können kaum annehmen, daß der Herr Regierungspräsident von Ursberg sich zum Eingreifen in die Hohenlimburger Bewegung durch diese Ausschreitungen bewegen ließ. Denn das würde ja fast bedeuten, daß die Mendener Arbeiter durch ihre korrekte Haltung eine Dummheit begangen hätten und daß fürderhin das Eingreifen der Kgl. Regierung mit dem zwar nicht schönen, aber doch probaten Mittel der Ausschreitungen immer dann erreicht werden könnte, wenn eine noch so dringliche und berechtigte Bitte abgeschlagen worden ist.

Wir möchten deshalb eher annehmen, daß Herr v. Balle sich in der Lage befunden hat, die ihm nach seiner Erklärung in der Mendener Angelegenheit fehlte, einer Bitte der Arbeiter um Vermittlung in dem Kampfe Folge zu leisten. Als von führenden Personen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung an ihn die Bitte gelangte, eine Verständigung mit den Arbeitgeber einzuleiten, da hat er diese Bitte mit der Motivierung abgelehnt, es fehle das Ersuchen der Arbeitgeber an ihn um seine Intervention, ohne das er nicht tätig werden könne. In der Hohenlimburger Angelegenheit scheint demnach dieses Ersuchen der Arbeitgeber vorgelegen zu haben.

Damit würde die oben genannte Zwischenpflanzung in dem Verhalten des Herrn Regierungspräsidenten erklärt sein, aber — wie wir hinzufügen — nicht genügend begründet. Denn es ist in keiner Weise sachlich zu rechtfertigen, daß der oberste Regierungsbeamte zur Erhaltung oder Wiederherstellung des wirtschaftlichen Friedens in seinem Bezirk nur dann sich engagieren dürfe, wenn er von den Arbeitgebern dazu eingeladen werde. Die zur Vermittlung berufene Instanz muß in Tätigkeit treten auf die Bitte auch nur einer der Parteien, und es muß ganz gleich sein, ob dieses Ersuchen von Seiten der Arbeitgeber oder der Arbeiter kommt. Und gerade bei der Mendener Aussperrung war ein Fall gegeben, der ein Eingreifen des Herrn v. Balle selbst ohne Ansuchen notwendig gemacht hätte! Herr v. Balle hat diese Notwendigkeit nicht eingesehen und hat nicht einmal die dringliche Bitte der 2000 Arbeiter beachtet. Diese Erfahrungen müssen von den christlich-nationalen Arbeitern besonders schmerzhaft empfunden werden in den Augenblicke, wo sie sehen, daß derselbe Herr v. Balle in Hohenlimburg erscheint und den Einfluß seiner hohen Stellung zugunsten des raschen Friedensschlusses in die Waagschale wirft, was er für Mendon verweigert. Möge man in hohen und höchsten Regierungskreisen nicht leichtfertig darüber hinweggehen.

Hoffentlich werden bei zukünftigen Kämpfen die Regierungsbehörden eingreifen und eine Vermittlung herbeizuführen suchen, bevor es zu bedauerlichen Ausschreitungen kommt.

### Der Vertrauensmann.

III.

Freund Heinrich als Vertrauensmann eröffnete die Betriebsversammlung mit einigen begründenden Worten. Gleich nach ihm hielt unser Geschäftsführer ungefähr folgenden Vortrag:

„Kollegen“, so hub er an, „ihr seid zusammen gekommen, um euch auszusprechen über die Verhältnisse in euren Betrieben und zu beraten, welche Mittel anzuwenden sind, um den Uebelständen abzuhelfen.“

Soviel mir bekannt ist, klagen die Dreher über schlechte Verteilung der Arbeit. Mancher erhält fortwährend gute glatte Sachen, für welche auskömmliche Preise gezahlt werden, wodurch diese Kollegen ohne sonderliche Anstrengung zu einem annehmbaren Lohn kommen. Andere er-

halten, wie man zu sagen pflegt, durchwachsene Arbeit, durch intensive Ausnutzung jeder einzelnen Minute, durch Trablaufen zum Schleifstein und zur Materialausgabe gewinnen sie auch noch etwas Zeit, so daß sie am Lohnstag noch eben zurecht kommen. Ein beträchtlicher Teil Dreher aber bekommt Arbeit, bei welcher die Akkorde so gedrückt stehen, daß es beim besten Willen nicht möglich ist — trotz aller Anstrengung — einen halbwegs auskömmlichen Lohn zu verdienen. Wie mir gesagt worden ist, sollen die Kollegen, welche volle 14 Tage lang schlechte Arbeit erhielten, 20—25 Mark weniger verdient haben, wie die anderen. Das sind wirklich beklagenswerte Zustände, die dringend der Abhilfe bedürfen. Allgemein geklagt wird von den Drehern über die geradezu kleinliche und schändliche Art, wie der Revisor seines Amtes waltet.

Die Hobler klagen über die schlechten Riemten, an denen sie in jeder Schicht eine halbe bis eine ganze Stunde stillen müssen, wofür keinerlei Bezahlung geleistet wird. Dadurch werden diese Kollegen geschädigt. Das ist doch klar, jeder Kollege verliert im Mittel durch diesen Uebelstand in jeder 14tägigen Lohnperiode 10 Arbeitsstunden, was den Verlust eines vollen Tagesverdienstes ausmacht.

Anderer Klagen äußern die Fräser und Bohrer, sie sind nicht direkt materieller Art, wie die obengenannten, trotzdem sind sie mindestens so schlimm. In der Bohr- und Fräswerkstatt müssen sich, wie mir mitgeteilt worden ist, die Seifentwasserleitungen in einem schrecklichen Zustande befinden. Ein geradezu pestilenzartiger Geruch muß ihnen entströmen, Manchem Arbeiter ist schon übel geworden und eine ganze Reihe hat schon krank feiern müssen, weil ihnen andauernd übel wurde und sie Nahrung nur in beschränktem Maße bei sich halten konnten. Solche Zustände müssen auf die Dauer den stärksten Magen ruinieren. Abhilfe ist darum dringend nötig.

Alle Maschinenarbeiter, Dreher, Bohrer, Hobler, Fräser usw. führen gemeinsam Klagen über die lange Arbeitszeit während der Nachtschicht, in der sie 11¼ Stunden arbeiten müssen, während am Tage nur 10 Stunden gearbeitet werden. Eine besondere Vergütung für die Nacharbeit wird auch nicht gezahlt, trotzdem dieses schon an manchen Stellen, wo die Arbeiter in genügender Weise organisiert sind, längst der Fall ist.

Die Schlosser, namentlich die jüngeren, führen allgemein Klagen über die „Lohnfestsetzung.“

(Hier muß ergänzend bemerkt werden, daß allgemein im Kolonnenstern gearbeitet wurde. Jeder Geselle erhielt seinen sogenannten Stundenlohn und nach Fertigstellung der Arbeit den sogenannten Rest, der in der Regel 20 Prozent vom Stundenlohn ausmacht. Die älteren Schlosser hatten 60 Pfg. Stundenlohn, zuzüglich 20 Prozent macht 72 Pfg., die jüngeren hatten 30 Pfg., zuzüglich 20 Prozent macht 36 Pfg. Letztere verdienten also nur die Hälfte von dem, was die älteren verdienten. Es war also durchaus berechtigt, wenn sie eine Regelung wünschten.)

„Die Hilfsarbeiter“, fuhr unser Geschäftsführer fort, „sind auch nicht auf Rosen gebettet, 28, 29, 30, höchstens 32 Pfg. verdienen sie pro Stunde. Gewiß, sie können 16 Schichten machen in der zweiwöchentlichen Lohnperiode d. h. sie müssen in den 2 Wochen 6mal 10 Stunden, 6mal 15 Stunden und an einem Sonntag 10 Stunden arbeiten und haben dann bei 30 Pfg. Stundenlohn Mk. 48 verdient. Das ist der Lohn, den der Vater einer sechs-köpfigen Familie heimbringt, für den er Tag und Nacht in der Fabrik gelegen hat. Daß diese Zustände nach Abhilfe drängen, liegt auf der Hand.“

Die wir nun die Frage aufwerfen, wie können diese Uebelstände behoben werden, ist es nötig, die Frage zu unterforschen, wie konnten die Uebelstände einreißten? Kollegen, die Antwort ist sehr einfach. Ueberall dort, wo sich die Arbeiterschaft um die allgemeinen Verhältnisse im Betriebe nicht kümmert, sondern wo der einzelne das Wohlwollen des Vorgesetzten für sich zu ergattern sucht und statt Solidarität zu üben, sich in allerlei Klümpchen ergeht. Euer Fabrikgesangsverein ist nach dieser Richtung ein sprechendes Beispiel. Da drängt sich eine ganze Menge zusammen in der Hoffnung, etwas besonderes herauszuholen, in Wirklichkeit ist aber dadurch nichts zu erzielen. Wenn sich ein solcher Arbeiter, der sich lediglich auf das Wohlwollen des Vorgesetzten gestützt hat, mit diesem überwirft, — und das kommt sehr oft vor — dann ist er sehr übel dran.

Abhilfe muß geschaffen werden, aber wie? Wie bewirklichen wir den Wunschzettel, meine lieben Kollegen? Ihr seid gewiß mit mir einverstanden, wenn ich vornehmlich feststelle, daß der einzelne garnichts anrichtet. Gewiß kann der einzelne vorstellig werden, er kann zum Meister oder zum Betriebsführer gehen. Hin und wieder redet auch einer mit dem Meister, hin und wieder schlägt auch der einzelne einmal einen Pfennig pro Stunde heraus. Aber wenn der Meister nein sagt, wenn er nicht will oder darf, was dann, liebe Freunde? „Ja, dann gehe ich zum Betriebsführer,“ könnte man mir antworten.

Sehr wohl gesprochen, aber wie viele sind denn schon bei dem Betriebsführer gewesen? He, Antwort! Ihr schweigt, ich wußte es. Ist doch in unserer Grobeisenindustrie der „Herr“ Betriebsführer eine dermaßen große Respektsperson, daß unter 100 Arbeitern sich kaum zwei an ihn heranwagen; lieber „haut man in den Sack“ und geht in eine andere Bude, in der man gewöhnlich „vom Regen in die Traufe kommt“. Also wir sind uns einig, daß der einzelne herzlich wenig, in der Regel aber garnichts ausrichten kann. Und doch muß und soll etwas geschehen, damit eure durchaus berechtigten Wünsche Erfüllung finden.

Das können wir nur durch den Zusammenschluß. „Einig müssen wir sein und zusammenhalten.“ „Großes Werk gedeiht nur durch Einigkeit“ und „Vereinter Kraft gelingt, was einer nicht zu Stande bringt.“

Berehrte Kollegen! Ich erinnere Euch an das schöne Stück von der Einigkeit, das wir alle als Schuljungen in unserem Lesebuch gelesen haben. Ich meine den Vater, der seinen sieben Söhnen die Macht der Einigkeit und des Zusammenhaltens auf ganz einfache Weise vordemonstrierte. Er nahm bekanntlich sieben Stäbe, schnürte sie zusammen und ersuchte seine Söhne, dieses Bündel zu zerbrechen. Einer nach dem anderen probierte seine Kraft, aber keinem gelang es, das Bündel zu zerbrechen. Da nahm der weltkluge und lebenserfahrene Vater das Bündel, wickelte es auseinander und zerbrach einen Stab nach dem anderen in Stücke. „Das hätten wir auch gekonnt“, riefen die Söhne wie aus einem Munde. „Weiß ich“, sagte der Vater, „aber ich wollte Euch durch dieses Beispiel nur klar machen, daß ihr immer oben bleiben und jeder Gefahr trohen könnt, wenn ihr zusammen haltet wie dieses zusammengeschnürte Bündel Stäbe. Geht aber jeder seinen eigenen Weg, kümmerte sich keiner um den anderen, dann werdet ihr nichts ausrichten, sondern euch nur mühsam aufrecht erhalten oder auch, was wahrscheinlicher ist, zusammenknicken in den Kämpfen des Lebens.“

So Kollegen, müssen wir Metallarbeiter zusammenhalten und uns zusammenschließen in eine Organisation,

### Die Gewinnung von Eisen und Zinn aus Weisblechabfällen.

(Von Dr. Hugo Kuhl.)

Es handelt sich um zwei außerordentlich wichtige Metalle, das Eisen ist der Technik unentbehrlich, das Zinn ist schwer zu ersetzen. Die unangenehme Eigenschaft des Eisens, an feuchter Luft zu rosten, sucht man dadurch auszuheilen, daß man es mit einem schützenden Ueberzug versehen. Aus diesem Grunde werden Fahrräder vernickelt, Konservendbüchsen verzinkt. Die Kupfer, Eisenbleche mit einer dünnen Zinnbeschichtung zu überziehen, wurde schon am Ausgang des Mittelalters im böhmischen Erzgebirge ausgeübt, gelangte von dort im Anfang des 17. Jahrhunderts nach Sachsen und etwa hundert Jahre später nach Wales. Hier erreichte sie in der Mitte des vorigen Jahrhunderts eine solche Bedeutung, daß die Weisblechfabrikation bald zu den wichtigsten Industriezweigen Englands gehörte. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts betrug die Produktion rund 650 000 Tonnen. Als das vorige Jahrhundert zur Reize ging, blühte infolge der Mc. Kintochschen Zinnpolitik die Industrie in Amerika auf. 1907 wurden beispielsweise 500 000 Tonnen Weisblech dort hergestellt. Mit den genannten riesigen Produktionen lassen sich diejenigen anderer Länder nicht vergleichen es sind nur Bruchteile; so werden in Deutschland etwa 60 000 Tonnen jährlich.

Es handelt sich also um einen ganz bedeutenden Zweig der Großindustrie. Wir wundern uns infolgedessen nicht, daß schon etwa in der Mitte des vorigen Jahrhunderts die Frage auftauchte, ob es nicht möglich sei, die vielen Abfälle industriell zu verwerten, welche notwendigerweise bei der Verarbeitung des Weisbleches abfallen müssen. Als dieses gelang, suchte man auch alle Konservendbüchsen, Sardinendosen, wieder in den Kreislauf der Technik und des Handels zurückzuführen. Wir wollen nicht die Mühen schildern, die es kostete, Methoden brauchbar auszuarbeiten, Verfahren, die eine Wiedergewinnung des Eisens und Zinns ermöglichen, sondern diese Methoden selbst näher kennen zu lernen. In wirtschaftlicher und technischer Beziehung verdient die Arbeit unser Interesse. In Deutschland werden circa 75 000 Tonnen Weisblechabfälle, Konservendbüchsen, Zigarettenpackungen, abgenutzte Spielwaren etc. verarbeitet. Diese Abfälle liefern etwa 10 Prozent des gesamten Eisens in Deutschland an Zinn beziehungsweise Zinnpräparaten, während von Eisenhütten im Niederrhein ungefähr 75 000 Ton-

nen entzintetes Eisen zugeführt werden. Wenn auch die gewaltigen Zahlen, mit denen der Hüttenbesitzer in seinen Stahlwerken und Hochöfen rechnet, die genannten Ziffern sehr unbedeutend erscheinen lassen, so rechtfertigt der Eisenbedarf an sich in der beschaffenden Eisenindustrie diesen Industriezweig vollständig, ja, geklärt ihn sogar bis zu einem gewissen Grade lukrativ.

Nachdem wir die Bedingungen würdigen, welche die Abfallindustrie entgegenstellen, wollen wir die chemisch so wohl wie technisch hochinteressanten Verfahren betrachten, nachdem man arbeitete und noch heute die Entzinnung des Weisbleches bewerkstelligt.

In Betracht kommen das Chlorverfahren und das elektrolytische, alle anderen müßten als ungeeignet aufgegeben werden. Durch einfaches Abschmelzen ließ sich das Zinn nicht entfernen, Säuren griffen auch das Eisen an, Oxidationsmittel ließen zwar das Eisen unberührt, lösten aber in alkalischer Lösung das Zinn in zu geringem Maßstabe.

Das elektrolytische Verfahren eroberte sich zuerst seine Stellung, es beruht auf folgendem: Man schickt einen elektrischen Strom durch eine Lösung von tauchfähigem Natrium, dieses bildet den Elektrolyten, der zerlegt wird. An der Anode bildet sich Sauerstoff, welcher das Zinn der in kleinen Körben verpackten Weisblechabfälle in Zinnoxyd überführt, das sich im überschüssigen Natrium zu zinnsaurem Natrium löst. An der Kathode wird Wasserstoff abgeschieden, welcher das Zinn in Form eines schwammigen bis feimilchigen Niederschlages aus dieser Salzlösung an der Kathode abscheidet. Wenn es auch nicht möglich ist, die Weisblechabfälle vollständig auf diese Weise in einfache Weise zu entzinnen, so erhält man doch bei sorgfältiger Arbeit ein Eisen, das im Martinofen mit verarbeitet werden kann, das gewonnene Zinn aber läßt sich mühelos einschmelzen.

In der Praxis hat das theoretisch so einleuchtende Verfahren manche Schwierigkeiten. Eine Lösung von Natriumoxyd in Wasser nimmt begierig aus der Luft Kohlenäure auf, unter Bildung von zinnhaltigem Natrium geht um so leichter und glatter vor sich, je wärmer das Bad und je besser die Verbindung der Weisblechabfälle mit dem positiven Pol ist. Es läßt sich nicht vermeiden, daß einzelne Stellen der Abfallstücke, die in den Körben aufeinander gepackt sind, von der Lauge unberührt bleiben und somit nicht entzint werden. Ein recht bedeutender Teil dieses Metalls

geht also verloren, dazu kommt, daß beim Herausheben der entzinteten Blechabfälle selbst bei sorgfältigen Abtropfen lassen der Lauge eine erhebliche Menge des zinnhaltigen Bades haften bleibt und nur durch Waschen zu entfernen ist von den Metallblechen. Wie groß die anhaftenden Flüssigkeitsmengen sind, geht aus einer Mitteilung von Goldschmidt hervor, welcher auf der Hauptversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute zu Düsseldorf darauf hinwies, daß die Oberfläche der Weisblechabfälle, welche täglich in seinem Werke elektrolytisch entzint wurden, eine Fläche von 20 preussischen Morgen bedeckte.

Die im Wesen des elektrolytischen Prozesses ruhenden, freies in aller Kürze skizzierten Uebelstände hatten zur Folge, daß man sich in der Technik nach anderen Entzinnungsverfahren umschau. Und da ist es interessant, daß man auf eine Methode zurückgriff, die schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts verfahrensweise in England und Amerika angewandt war, die Chlorentzinnung.

Trockenes Chlorgas verbindet sich mit Zinn leicht unter großer Wärmeentwicklung zu Zinnchlorid, einer stark rauchenden und ätzenden Flüssigkeit, die schon im Jahre 1605 von dem Alchemisten Libavius dargestellt und beschrieben wurde. Leitet man demnach trockenes Chlor über Weisblechabfälle, so wird das Zinn als Zinnchlorid gelöst. Diese Flüssigkeit greift die Schleimbäute außerordentlich hart an, beseitigen läßt sie sich von dem entzinteten Eisen aber nicht völlig, weil eine wässrige Lösung des Eisens flücht. Es bildet sich nämlich ein sehr energiereicher Rohförderer, das Eisenchlorid.

Diese Uebelstände in gesundheitlicher und chemischer Beziehung bildeten schon große Schwierigkeiten, welche das Verfahrungsverfahren nicht hochkommen ließen. Dazu kam, daß die Gewinnung des Chlors sich vor 50 bis 60 Jahren verhältnismäßig teuer stellte. So kam es, daß das Chlorentzinnungsverfahren zuerst von dem kurz skizzierten elektrolytischen verdrängt wurde. Erst in der Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts gelang es Lambotte in Paris, eine Methode zu finden, nach der mit Erfolg gearbeitet werden konnte. Durch einen mit Weisblechabfällen besetzten Turm bzw. Schacht, dessen Innenraum erwärmt wurde, strömte er von unten mit Luft stark verdünntes Chlorgas. Dieses verband sich mit dem Zinn, das dampfförmige Zinnchlorid wurde durch den Luftstrom in Vorlage überführt, in welchem es zur Flüssigkeit verdichtete. Die so entzinteten Weisbleche wurden am Fuße des Ofens ent-



in den christlichen Metallarbeiterverband. Dann können die Uebelstände abgestellt werden. Das geht allerdings nicht von heute auf morgen, aber der Verband ist auch kein Automat, wo man oben einen Groschen hineinwirft und unten eine Lohnerhöhung herauszieht. Auch muß ihr bedenken, daß ein Apfelbaum, der heute gepflanzt wurde, morgen noch kein Apfelbaum ist, von dem übermorgen schon Früchte geerntet werden können. Die Organisation ist auch kein Eintagswerk, die nur für den gegenwärtigen Fall nötig ist.

Die Organisation, der christliche Metallarbeiterverband, soll und muß für alle Zeiten Bestand haben, weil er die Interessensvertretung der christlichen Metallarbeiter ist. Darum, Kollegen, sorgt für immer weiteren Ausbau des Verbandes und ihr, unorganisierte Kollegen, tretet ein in den christlichen Metallarbeiterverband. Sobald genügend Kollegen der Organisation angehören und die Uebelstände halbwegs günstig sind, lassen sich die Uebelstände abschaffen, weil wir als einzige geschlossene Macht dastehen und alle für einen und einer für alle eintritt."

Ich habe wohl in meinem ganzen Leben noch nie so begeistert in die Hände geklatscht, als nach diesem Vortrag und mit mir alle Anwesenden ohne Ausnahme. Donner, hatte er uns gepackt, hoch gingen die Wogen der Begeisterung. Die Diskussion war nicht minder begeistert. Mehr wie ein Duzend Kollegen sprachen und alle versicherten, daß sie mit allen Kräften an der Ausbreitung des Verbandes arbeiten wollten. Und die nichts sprachen, waren nicht minder entschlossen, die leuchtenden Augen bestärkten es. Alle anwesenden Unorganisierte traten unserem Verbands bei. Ein halbes Duzend Kollegen meldeten sich freiwillig als Vertrauensleute, darunter unser alter Kollege aus der Schlosserei, den wir auf seinem Kotten aufgesucht hatten und einer der Schimpffrühen von der Schleppebank.

Kurz nach der Versammlung hatten wir eine Vertrauensmännerziehung, in der Heinrich einen Plan vorlegte, nach dem gearbeitet werden sollte, der nächstens an dieser Stelle entwickelt werden soll. Ept.

### Die Lebensmittelteuerung.

III.

Zum Verständnis der Handelspolitik, ihrer Wirkungen und Folgen, genügt es natürlich nicht, nur die Preissteigerung im eigenen Land zu betrachten — denn eine Verteuerung der wichtigsten Lebensmittelpreise kann wohl eine Wirkung des Schutzsystems, muß aber nicht eine solche sein. Vorab die sozialdemokratischen Parteiblätter suchten mit nur allzu durchsichtigen Gründen die Sache so hinzustellen, als ob vor allem die Verteuerung des Fleisches nur eine Folge des protektionistischen Systems sei. Der anormale Sommer des Jahres 1911 der eine Futtermittelverteuerung der schlimmsten Art brachte, wurde kaum erwähnt, die Tatsache, daß auch in anderen Ländern ein starker Viehmangel herrschte, die Preise infolge dessen auch dort in die Höhe gingen, kaum berührt. Und doch blieb von dieser Preissteigerung kaum ein Land verschont, auch das nicht, das den Freihandel, den vielgepriesenen, sich erkort. Das ist richtig und die Ursache eines mächtigen Schutzzolls haben aber auch nicht die geringste Ursache, das zu verheimlichen — der Schutzoll erhöht die Preise im Inland, seinen Zweck gemäß. Denn das ist sein Sinn: die Inlandspreise über dem der heimischen Produktion verbleibenden Weltmarktpreise zu halten. Allerdings sind in unserer Handelspolitik auch noch andere Mittel ergriffen worden, weniger aber, um den Preis hochzuhalten, als um den heimischen Viehstand zu schützen. Die hygienischen Maßregeln, die vielerorts getätigt wurden, wirkten natürlich in der gleichen Richtung; die Absperrung der Grenze, die wegen der Einschleppungsgefahr von Viehsuchen erfolgte, vermindert naturgemäß das Angebot inländischen Viehes und hält daher die Preise auf einer

nommen, zusammengepreßt und in die Stahlwerke verschickt. Es stellte sich bald ein großer Uebelstand heraus; das nicht absolut trockene Chlor greift das Eisen an und es entsteht ein feiner Ueberzug von Eisenchlorid, welcher zur Folge hat, daß das Metall schnell rostet. Das nach Lambotte gewonnene Metall konnte nicht mit dem elektrolytischen konkurrieren. Ueberdies waren die bei der Bedienung des Ofens beschäftigten Arbeiter von den Zinnchloridämpfen überaus belästigt.

Die Erkenntnis, daß absolut trockenes Chlor zur Verwendung gelangen muß, führte nun zu einem Verfahren, das sich schnell in der Großindustrie einbürgerte. Die Weißblechabfälle, Konservendosen etc. mußten absolut trocken verarbeitet werden, die gebrauchten Dosen, welche aus dem Müll stammten, mußten einer gründlichen Reinigung zwecks Entfernung aller organischen Stoffe unterzogen und jodann vom bleihaltigen Lot befreit werden. Die so vorbereiteten Materialien werden in Pakete gepreßt, mittels Kran in große Zylinder gebracht, in welche, nachdem sie gut verschlossen wurden, unter Druck und gleichzeitiger Kühlung Chlor geleitet wird. Das Verfahren unterscheidet sich also schon dadurch wesentlich von dem Lambotteschen, daß gekühlt, anstatt erhitzt wird. Da die Vereinigung von Zinn und Chlor unter starker Wärmeentwicklung vor sich geht, ist eine sorgsame Kühlung durchaus erforderlich. Unter Druck wird gearbeitet, um eine völlige Entzinnung, ein völliges Durchdringen der Massen mit Chlor zu erzielen. Die Zylinder sind mit einem Drahtmesser versehen. Das eigentliche Gas verbindet sich mit dem Zinn zu einer Flüssigkeit, es kondensiert sich also gewissermaßen, so lange noch Zinn vorhanden ist. Während des Prozesses findet keine Drucksteigerung statt, sobald aber die Umkehrung beendet ist und somit freies Chlor austritt, steigt sich der Druck. Jetzt wird abgestellt, das Zinnchlorid und überschüssige Chlor werden durch Auspumpen (Evakuieren) entfernt und das Eisen wandert nach einer jetzt ungefährlichen gründlichen Wäsche in den Hochöfen.

Wir haben eingangs gesehen, welche ungeheuren Mengen Eisen und Zinn jährlich in Deutschland wiedergewonnen werden und ich glaube, wir dürfen auch in wissenschaftlicher Beziehung der Industrie unser Interesse nicht verbergen, zeigt sie uns doch wie kaum eine andere, mit welcher Energie und Fähigkeit in der Technik gearbeitet wird.

höheren Stufe. Die alleinigen Wirkungen einer Deflation der Grenze darf man sich aber nicht zu groß vorstellen, denn die Erfahrungen, die wir in der letzten Zeit machen konnten, haben zur Genüge gezeigt, daß auch das Ausland nur in ganz beschränktem Maße in der Lage ist, von seinem Viehstand abzugeben, da es eben selbst mehr oder weniger an einem gewissen Viehmangel leidet. Wenn die Anhänger der Einfuhr von argentinischem Gefrierfleisch glauben, davon eine nennenswerte Preisermäßigung auch des heimischen Fleisches erwarten zu können, so dürfte die Auslassung, die ich lektin zitiert habe, doch manche Zweifel beseitigen. Danach haben auch in Argentinien infolge des dort betriebenen Raubbaues die Viehpreise eine starke Preissteigerung erfahren, und eine Tendenz, den gegenwärtigen Viehstand zu erhalten und wieder zu vermehren, macht sich deutlich bemerkbar. Zusammen muß aber doch gesagt werden, daß die Preise des argentinischen Gefrierfleisches sich z. B. in London weit unter denen für heimisches Vieh hielten. Dabei muß allerdings eines beobachtet werden: Bei den nun folgenden Zahlen handelt es sich um Großhandelspreise und hier ist die Spannung auch verhältnismäßig viel größer als bei den Kleinverkaufspreisen. Es kosteten im vierten Vierteljahr in London (100 Kgl.):

englisches Rindfleisch	argentinisches Rindfleisch		Schweinefleisch		Lammfleisch		Hammelfleisch				
	l.	h.	l.	h.	l.	h.	l.	h.			
1908	107,3	99,6	70,7	61,0	112,3	99,9	136,1	124,4	121,7	111,6	67
1909	110,7	104,7	63,4	54,7	138,5	128,9	132,9	118,8	107,4	98,7	71,8
1910	110,7	108,8	63,8	54,4	143,4	129,3	151,1	136	120,9	111,8	69,8
1911	110,7	108,8	66,8	48,3	119,6	109,8	141,4	125,6	112,2	108,8	68,5
1912	112,5	106,5	69,2	55,1	147,2	136,1	157,2	140,1	126,7	116,9	80,6

Eines fällt an diesen Zahlen sofort auf: Die starke absolute Steigerung aller heimischen Fleischsortenpreise. In dem doch verhältnismäßig kurzen Zeitraum von fünf Jahren sind die Preise für englisches Rind-, Schweine-, Lamm- und Hammelfleisch zum Teil sehr erheblich in die Höhe gegangen. Daran hat auch das argentinische Gefrierfleisch eine Veränderung nicht herbeiführen können. Dieses selbst ist, soweit wenigstens Rindfleisch in Frage kommt, — stark im Preise gesunken, während das gefrorene argentinische Hammelfleisch ebenfalls eine starke Preissteigerung erfahren hat. Am stärksten ist im Preise das Schweinefleisch gestiegen, das ja auch in Deutschland die größten Schwankungen aufweist aus Gründen, die schon früher erörtert wurden. Bevor wir nun die Preisentwicklung in anderen ausländischen Städten betrachten, soll uns die in Köln das Vergleichsmaterial für Deutschland liefern. Es kosteten 100 Kgl. Schlachtgewicht im 4. Vierteljahr:

Dosen	Rühe		Schweine		Hammel	
	l.	h.	l.	h.	l.	h.
1908	152,4	140,5	127,6	126,5	142	142
1909	154,1	141,0	130,5	144,0	146,9	146,9
1910	168,0	161,8	151,8	154,3	156,0	156,0
1911	170,7	152,5	150,7	118,7	141,5	141,5
1912	180,1	167,9	161,4	168,9	162,4	162,4

Die Statistik unterscheidet ziemlich eingehend nach der Qualität des Fleisches, so z. B. bei Dosen zwischen vollfleischigen ausgemästeten höchsten Schlachtwertes, die noch nicht gezogen haben, und solchen von 4—7 Jahren, des weiteren zwischen mäßig gemästeten jungen und gut gemästeten älteren. Um Raum zu sparen habe ich jedesmal nur eine Mittelqualität genommen. Zunächst fällt in der Zahlenreihe die starke Steigerung der Fleischpreise auf. Nicht bei allen Tieren setzt sie sich allerdings ununterbrochen fort. Bei Schweinen finden wir sehr starke Rückschläge und erst das Jahr 1912 brachte eigentlich die Teuerung. Ganz ähnliches gilt von den Hammeln. Fast unablässig im Preise sind die drei ersten Tiergattungen gestiegen.

Von besonderem Interesse ist es für uns, die Preise in einer deutschen Stadt mit denen einer englischen, die den Freihandel genießt, zu vergleichen. Dabei muß allerdings betont werden, daß die Vergleichbarkeit der Zahlen keine unbedingte ist, weil die Einteilung des englischen und deutschen Fleisches keine einheitliche ist. Trotzdem das argentinische Gefrierfleisch zum Teil recht erheblich im Preise gestiegen ist, bleibt es dennoch weit hinter den Fleischpreisen in Deutschland zurück. Raum die Hälfte kostet die Gewichtseinheit argentinischer Gefrierfleisches gegen die bei uns am meisten konsumierten Fleischsorten. Aber auch die übrigen Fleischpreise bleiben recht erheblich hinter den unserigen zurück. Während das beste englische Rindfleisch 112,5 Mark kostete, muß in Deutschland für Rindfleisch 161,4 Mark bezahlt werden, ganz zu schweigen von den Preisen für Dosen und Stiere. Auch bei Schweinen ist der Unterschied sehr beachtenswert — 147,2 Mark gegen 166,9! Das englische Hammelfleisch ist ebenfalls viel billiger, als das deutsche. 162,4 Mark kosteten 100 Kilogramm in Köln, 126,7 in London. Man sagt oft, — und gewiß mit Recht — daß auch die Fleischpreise in dem Freihandelsland gestiegen seien — zu dem muß aber noch beigefügt werden, daß aber trotzdem die absoluten Preise noch weit hinter denen in Deutschland zurückbleiben.

Die Preissteigerung des Fleisches ist eine internationale Erscheinung. In Paris kostete 1 Kgr. Fleischgewicht im 4. Vierteljahr:

Dosen	Rühe		Stiere		Schweine		Lämmer		Hammel			
	l.	h.	l.	h.	l.	h.	l.	h.	l.	h.		
1908	136,5	128,8	133,9	127,5	117,4	113,7	123,8	121,4	174,8	168,8	179,1	173,2
1909	129,8	118,8	129,8	118,6	111,4	103,0	110,7	108,7	169,5	148,4	178,7	165,6
1910	143,0	125,1	138,4	120,1	124,3	114,9	135,9	131,2	180,7	160,9	176,9	161,1
1911	144,4	128,7	140,9	124,4	124,0	117,3	157,5	151,2	197,1	184,3	192,2	175,6
1912	143,0	129,6	142,3	132,5	126,3	120,2	159,2	156,4	170,1	160,2	198,6	189,3

Die Statistik gibt für jede Fleischart drei Preise an. Ich glaube, mich mit der Angabe von zweien begnügen zu dürfen. Im Vergleich mit den deutschen Zahlen muß auch hier auf die sehr bedingte Vergleichbarkeit der Zahlen hingewiesen werden. Sie leidet besonders darunter, daß die Qualitätsangaben durchaus verschieden ist. Auffallend ist in Paris die im Vergleich zu Deutschland geringe Steigerung seit 1908. Dort beträgt sie für Dosen besser Qualität 6,50 Mark, hier für mittelmittlere Ware 27,90 Mark. Auch die Preise für Kühe sind in viel geringerem Verhältnis in die Höhe gegangen, als bei uns; das Gleiche gilt für Stiere. Eine größere Steigerung als bei uns treten dagegen die Schweinefleischpreise auf, die um nicht weniger als 33,4 Mark bzw. 35 Mark gestiegen sind. Die Hammelpreise hielten sich schon 1908 in Paris auf einer höheren Stufe als bei uns; die Preissteigerung ist aber nicht, wie es dem entsprechen würde, eine stärkere, sondern eher eine geringere. Bei dem Vergleich der Preise in Deutschland und Paris dürfte sich jedenfalls ergeben, daß sie in Paris nicht so hoch sind wie in Köln. Für Dosen-, Kuh- und Stierfleisch hat das ohne weiteres Geltung. Die Schweinefleischpreise standen in Frankreich 1911 höher als in Deutschland. Aber 1912 brachte für uns wieder höhere Preise, ohne daß der Unterschied zu groß gewesen wäre. Viel teurer stellen sich in Paris die Hammel.

Im Vergleich zu der deutschen Stadt noch günstigere Verhältnisse als in Paris haben wir in Wien. Es kosteten hier im 4. Vierteljahr 100 Kilogramm:

Rind	Dosen		Stiere		Schweine		Lämmer		Hammel			
	l.	h.	l.	h.	l.	h.	l.	h.	l.	h.		
1908	120,6	111,8	119	106,2	109	97,6	81	77,1	172,8	163,8	83,1	75,1
1909	118,4	107,6	115,7	105	101,6	92,3	93,9	90,5	168,5	153,1	83,0	76,6
1910	130,0	118,7	127,9	116,5	111,2	101,8	94,8	92,1	187,8	170,2	89,0	79,9
1911	138,5	131,3	134,4	127,3	116,6	111,0	89,2	84,7	198,5	177	84,8	78,3
1912	141,3	135,9	138,4	130,2	123,7	117,4	107,5	102,3	201,4	187	107,9	102,1

Nach hier fällt zunächst die große absolute Steigerung der Fleischpreise auf, die verhältnismäßig eigentlich größer ist als in Köln. Aber noch auffällender ist die Tatsache, daß die Durchschnittspreise in unserer deutschen Stadt um so viel höher sind als in Wien. Das erklärt sich in diesem Falle sehr einfach daraus, daß in Köln das Schlachtgewicht, in Wien aber das Lebendgewicht zu Grunde gelegt ist. Nehmen wir die Zahlen auch für dieses in Köln, so erhalten wir als höchsten Preis für Dosen im 4. Vierteljahr 1912 116,9 Mark und als mittleren 105,4 Mark; für Stiere 104,9 und 94,7 Mark; für Kühe 105,8 und 84,3; für Schweine 129 und 131,8. Auch so sind allerdings die deutschen Zahlen durchschnittlich höher, wenn natürlich auch nicht in dem Maße wie bei dem gänzlich unzulässigen Vergleich zwischen den Preisen des Schlacht- und denen des Lebendgewichtes. Ein besonderes Interesse bietet der Vergleich zwischen den Preisen in Rotterdam und Köln und zwar deshalb, weil man ja gerade durch die Vieheinfuhr aus Holland eine maßgebende Beeinflussung des deutschen Viehmarktes erhofft hatte. Es kosteten in Rotterdam 100 Kgl. Schlachtgewicht (bei Schweinen Lebendgewicht!) im vierten Vierteljahr:

Deutsche Mark	niederländische Mark		ungarische Mark		Stiere		Kühe		Schweine	
	l.	h.	l.	h.	l.	h.	l.	h.	l.	h.
1908	75,3	65,7	70,2	61,1	66,5	59	49,6	51,5	90,8	86,8
1909	83	72,9	74,2	66,6	72,5	64,5	55,0	55,5	115,8	108,6
1910	92,2	86,3	87,1	82,0	83,4	87,1	78,3	71,0	115,9	112,0
1911	93,6	84,8	82,5	86,7	81,6	75,6	73,9	71,4	111,7	107,8
1912	106,3	98,5	—	—	91,6	86,4	77,3	80,6	119,3	112,6

Ich weise auch bei diesen Zahlen wieder auf die teilweise recht erhebliche Steigerung der Preise hin. Aber ebenso muß ich wieder auf den Preisunterschied aufmerksam machen, der zwischen Köln und Rotterdam besteht. Um auch den Schweinefleischpreis mit der ersten Stadt vergleichen zu können, seien auch die Preise für 100 Kgl. Lebendgewicht auch in dieser Stadt angeführt, sie betragen im 4. Vierteljahr 1910 105,1 und 106,3; 1911 90,9 und 93,7; 1912 129 und 134,8 Mark. Also auch bei ihnen bedeutend höhere Preise als in Rotterdam. Noch eine andere auffallende Erscheinung ist erwähnenswert, die übrigens nicht nur für Rotterdam, sondern auch auf die anderen bisher besprochenen ausländischen Städte zutrifft. Die Steigerung der Preise im Jahre 1912 ist gegen 1911 durchschnittlich nicht so stark wie in Deutschland. Sie betrug z. B. bei fetten Rindern (I) in Rotterdam 2,02 Prozent, bei Dosen in Köln 5,5 Prozent. Noch auffällender tritt der Unterschied bei den Schweinen in die Erscheinung. Während in Rotterdam die Preissteigerung gegen 1911 nur etwas über 20 Prozent betrug, machte sie in Köln 42 Prozent aus. Auch in Wien ist gerade bei Schweinen die prozentuale Steigerung lange nicht so hoch wie in Deutschland (Köln). Gerade für Wien verdient aber die Tatsache der Hervorhebung, daß hier die Preise schon in den Jahren 1910 und 1911 bedeutend höher waren, als in Köln. Genau das Gleiche trifft übrigens auch für Paris zu.

Ohne noch weitere ausländische Städte anzuführen, hat das bisher Gesagte uns folgende Erkenntnis gebracht: 1. Die Preissteigerung des Fleisches ist international. Ueberall ist in den letzten Jahren eine Verschärfung eingetreten. In Deutschland hat gerade das Jahr 1912 aber mehr als in den anderen Staaten eine besonders ungünstige Gestaltung aufzuweisen. Am deutlichsten ergibt sich das aus der Entwicklung der Schweinefleischpreise. Während diese noch 1910 und 1911 auf einer Stufe standen, die weit hinter der in den anderen Ländern zurückblieb, hat das Jahr 1912 eine solche Steigerung gebracht, daß die Preise in allen anderen Ländern überboten wurden. 2. Deutschland zeigt die höchsten Fleischpreise überhaupt. Nicht nur das Freihandelsland bleibt weit hinter den Preisen in Deutschland zurück sondern auch Oesterreich, Frankreich, Holland. Diese Ergebnisse sind natürlich für die zu befolgende Handelspolitik von der allergrößten Bedeutung. Inwiefern — das soll uns ein weiterer Aufsatz über die Handelspolitik der landwirtschaftlichen Erzeugnisse dartun.

### Der Nix in der Sozialdemokratie.

Die Unhaltbarkeit der sozialdemokratischen Grund- und Programmätze ist von führenden Männern der Sozialdemokratie selbst zugegeben worden. Der „wissenschaftliche“ Sozialismus der Marx und Engels hat sich als völlig unhaltbar erwiesen. Die Annahme, die kapitalistische Gesellschaft treibe durch die ihr innewohnenden Widersprüche einem toten Punkte entgegen und die Gesetze der Produktion und des Austausches verhinderten den wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterklasse, war unrichtig. Der Sozialdemokrat Bringmann, Redakteur des Bismarckerverbandes, schrieb bereits 1898:

„Von dem Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft ist nicht nur nichts zu merken, sondern der Zusammenbruch wird immer unwahrscheinlicher.“

Dr. Schönlanck aber erklärte damals in seiner „Leipziger Volkszeitung“:

„Die lange durch unsere Partei gelaufene, auch im ersten Teile des Erörterungsprogramms noch aufbewahrte Ansicht von der sich stets verschärfenden Verelendung (der Arbeitermassen) ist nicht mehr zu halten.“

Ueber den Glauben an einen sozialistischen Zukunftsstaat haben hervorragende Abgeordnete, wie Heine, Bernstein, Kolb, sich spätlich geäußert. Von all diesen Dingen erfuhr die große Masse der Genossen so gut wie nichts. Die Redner wurden zur Raision gebracht oder wie Schappel, Calwer, Hildebrand aus der Partei ausgeschlossen. So hat die Sozialdemokratie die Einheitlichkeit der Anschauung innerhalb der Partei gewahrt und die angefochtenen Programmätze aufrecht erhalten. Die Meinungs- und Forschungsfreiheit in der Partei wurde einfach unterdrückt. Man mogelte aus agitatorischen Gründen, spielte Komödie und vertuschelte die Uneinigkeit der führenden Kreise, wie der verstorbene Abg. Bebel auf dem Parteitage in Dresden selbst zugegeben hat. Aber gerade Bebel war es, der die sich widersprechenden Elemente in der Partei zusammengelassen und über die „Reinheit“ des sozialdemokratischen Programms gewacht hat.

Nach Bebel's Tod befindet sich die Partei in einem Zustande größter Verwirrung. Nicht nur der wissenschaft-



liche Sozialismus ist am Zusammenbruch, sondern auch die parlamentarische Taktik. Die Partei, in der früher der Grundsatz vertreten wurde, daß die Abgeordneten im Parlament nur der sozialdemokratischen Propaganda zu dienen hätten, sah sich zu positiver Mitarbeit gezwungen, und hat zuletzt viele Millionen für den Militarismus bewilligt. Von den 110 Abgeordneten haben lediglich 37 sich gegen die Bewilligung der Mehrsteuern in der Fraktion ausgesprochen, und auch diese haben dann bei der eigentlichen Abstimmung im Plenum des Reichstags Order pariert. Die Revisionisten haben also gesiegt. In dem Vorwort der 1912 erschienenen Schrift „Sozialismus und Regierung“ betont der Reichstagsabgeordnete Bernstein, daß die sozialdemokratische Partei bisher grundsätzlich regierungsfeindlich gewesen sei und fährt dann fort: „Ein Zustand, der wenig ausmacht, solange die Sozialdemokratie über nur geringe politische Macht verfüge und demgemäß auch nur geringe staatliche Verantwortung trägt, der aber zu den größten Unzulänglichkeiten führen kann, wenn die Sozialdemokratie größere politische Macht erwirbt“.

Bernstein betont dann, daß mit der Macht die politische Verantwortung wachse und daß das die Partei nötige, zu Einzelheiten der Regierung und Verwaltung Stellung zu nehmen. Die Opposition als politisches Bebeneselement der Partei werde dadurch in ihrem Wesen geändert. Es gelte, viele eingewurzelte Ueberlieferungen zu zerstören und mit allerhand liebgeordneten Schlagworten abzurechnen.

Diese Gedankengänge, die Furcht vor einer Reichstagsauflösung und Dezimierung der Reichstagsfraktion, haben diese zu der veränderten Taktik, ober, wie der Abg. Stadthagen sagte, zu einem Verstoß gegen die Prinzipien und das sozialistische Parteiprogramm geführt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist regierungs- und militärfreundlich geworden zu einer Zeit, wo sie die stärkste Partei wurde. Die Führer der Revisionisten, wie Dr. David, verteidigen diesen Umfall und verlangen, daß der kommende sozialdemokratische Parteitag die Haltung der Fraktion billige. Der badische Revisionist Wilhelm Koll aber schreibt in den „Sozialistischen Monatsheften“ Nr. 13:

„Nachdem unsere Rudolstädter Genossen, ohne dem geringsten Tadel zu begegnen, für das Budget mit Zivilisten, Orden und kirchliche Ausgaben stimmen durften und nachdem unsere Reichstagsfraktion in der Militärfrage die Parole „Keinen Mann, aber viele Groschen!“ befolgte, dürfen auch wir Badener uns wohl der Hoffnung hingeben, daß uns fürherber von außen her keine Pedgel mehr zwischen die Beine geworfen werden.“

Die bisherige Taktik und die Programmsätze sollen also aufgegeben, zum mindesten grundsätzlich geändert werden. Das ist der Bankrott des Marxismus. Die sozialdemokratische Partei wird also „eine elende Reformpartei, über welche die Gegner sich lustig machen“. Diese Worte brauchte Bebel vor zwanzig Jahren in einem Artikel im „Vorwärts“, um die Revisionisten abzuschrecken und zu bekämpfen. Für die Marxisten ist diese Wendung ein schwerer Schlag. Sie wollten, daß sich die Fraktion gegen die „Militärvergehung“ und gegen den „Militarismus“ wennde und haben stärkste Opposition verlangt. Aber die Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Fraktion setzten sich zu Füßen des Reichskanzlers und des Kriegsministers und hörten in geheimer Sitzung die Begründung der Militärvergehung an, um nachher die Mittel dafür zu bewilligen. Nach außen wurde zwar etwas Theaterdonner gemacht. Aber der fortschrittliche Abg. Dr. Müller-Meinungen hat das Verhalten der Sozialdemokraten im Reichstag entsprechend gezeichnet, indem er ihnen sagte: „Meine Herren, seien Sie ehrlich! Wollen Sie denn wirklich leugnen, daß Sie auch den tiefsten Eindruck von Darlegungen in einer der sogenannten geheimen Sitzungen über die Schwierigkeit einer Mobilisierung der deutschen Armee nach zwei Fronten gehabt haben? ... Wenn die Reden bekannt geworden wären, die dort von hervorragenden Führern Ihrer Partei gehalten worden sind, dann wäre die Rede des Herrn Abg. Koll gestern geradezu unmöglich gewesen.“

Diese Haltung der Sozialdemokraten im Reichstag hat naturgemäß viele Anhänger und Mitläufer der Sozialdemokratie verbittert. Das wissen unsere Kollegen in den Werkstätten und Fabriken. Die Fraktion hat versagt in dem Augenblicke, als die Partei sich rühmte, die stärkste Partei im Reichstoge zu sein und die stärkste politische Macht zu haben. Das macht die Massen stutzig, zumal ihnen bei Erhalt größerer Macht die Erfüllung vieler Wünsche, der Himmel auf Erden in Aussicht gestellt wurde. Die vielen Versprechungen sind unerfüllt und man versucht es nun mit einer neuen Taktik. Die Sozialdemokratie ist an einem Wendepunkt angelangt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es zu einer Spaltung kommt, über die innerhalb der Partei schon früher diskutiert worden ist. Die Radikalen und die Revisionisten sind sich bereits in die Haare geraten und üben sich in der Brüderlichkeit. Daß es so kommen mußte, war voranzusehen. Die christlich-nationale Arbeiterschaft hat die Aufgabe, das elende Doppelspiel der sozialdemokratischen Drahtzieher aufzudecken, und die irreführten Arbeiter über die Unhaltbarkeit der Sozialdemokratie aufzuklären.

**Allgemeine Rundschau.**

**Die Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1912.**

Das neueste Heft des „Reichsarbeitsblattes“ enthält eine Sonderbeilage „Statistik der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1912“. Das Wichtigste aus der Statistik dieses bedeutenden Zweiges sozialer Gerichtsbarkeit sei mitgeteilt: Gewerbegerichte gab es in Deutschland im Jahre 1912 im ganzen 248, davon saßen auf Preußen 592,

Bayern 89, Sachsen 79, Württemberg 27, Baden 19, Hessen 13, Mecklenburg-Schwerin 16, Großherzogtum Sachsen 16, Oldenburg 4, Braunschweig 31 (1), die thüringischen Kleinstaaten, Anhalt, Lippe zusammen 43, die drei Reichsstädte je 1 und Elsaß-Lothringen 8.

Das Gewerbegericht ist tätig als Spruchgericht und als Einigungsamt. Vor dem Gewerbegericht als Spruchinstanz wurden im Deutschen Reich im ganzen 120 380 Rechtsstreitigkeiten anhängig gemacht und zwar zwischen Arbeitern und Arbeitgebern 120 007, zwischen Arbeitern desselben Arbeitgebers untereinander 373. Von den 120 007 Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern waren anhängig geworden durch Klage der Arbeiter 112 403, der Arbeitgeber 7604. Von diesen Rechtsstreitigkeiten wurden erledigt durch Vergleich 48 661 — ein schönes Zeugnis für die versöhnende Wirkung der Gewerbegerichtsbarkeit — durch Vergleich: 3427, durch Anerkenntnis: 1446, durch Versäumnisurteil: 12 848, durch andere Endurteile 17 858, auf andere Weise 31 432. Unerledigt blieben 4706 Rechtsstreitigkeiten. Das gerichtliche Verfahren dauerte in den Fällen der Arbitr: durch andere Endurteile weniger als 1 Woche in 4811, 1—2 Wochen in 5531, 2 Wochen—1 Monat in 4935, 1—3 Monate in 2264, 3 Monate und mehr in 317 Fällen. Berufung wurde gegen Urteile der Gewerbegerichte eingelegt in nur 525 Fällen.

Als Einigungsinstanz wurde das Gewerbegericht im ganzen in 309 Fällen, darunter allein von den Arbeitern in 155 Fällen, allein von den Arbeitgebern in 12 Fällen, von beiden Teilen in 142 Fällen angerufen. 135 mal kam eine Vereinbarung zustande, 42 mal wurde ein Schiedspruch gefällt und 77 mal kam es weder zu einer Vereinbarung noch zu einem Schiedspruch. Der Schiedspruch wurde 35 mal von beiden Teilen, viernmal nur von dem Arbeitgeber, einmal nur von dem Arbeitnehmer und zweimal seitens keines Teils angenommen.

Gutachten haben die Gewerbegerichte abgegeben 18, von der ihnen gesetzlich zustehenden Befugnis Anträge zu stellen haben sie viermal Gebrauch gemacht.

**Generalversammlung der christlichen Tabakarbeiter.**

Der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands hielt in den Tagen vom 17.—19. August in Koblenz seinen fünften Verbandstag ab. Als Vertreter des Gesamtverbandes war Kollege Bergmann (Köln) und als Vertreter des österreichischen Bruderverbandes Kollege Illreich (Wien) erschienen. Nach dem Geschäftsbericht, der vom Kollegen Cammann erstattet wurde, wurde die Entwicklung des Verbandes in der Berichtszeit durch verschiedene ungünstige Einwirkungen gehemmt. Dadurch hat die Mitgliederzahl einen kleinen Rückgang erfahren. Nicht günstig hat sich dagegen die Beitragsleistung entwickelt. Ende 1910 betrug der Durchschnittsbeitrag aller Klassen noch 30,1 Pfennig und Ende 1912 genau 40 Pf. Das ist, wenn man berücksichtigt, daß der Verband eine recht schlecht entlohnte Berufsgruppe umschließt und 42 Prozent weibliche Mitglieder zählt, ein sehr günstiger Stand. In Wochenbeiträgen wurden in der Berichtszeit 258 344 Mark eingenommen gegen 153 414 Mark in den vorhergehenden 2 Jahren. Der Verband hatte ansehnliche Leistungen in Unterhaltungen und besonders in gewerkschaftlicher Tätigkeit aufzuweisen. 6049 Mitglieder waren an Lohnbewegungen und Aussperrungen beteiligt. Mit welchem Wirksamkeit in Arbeitgeberkreisen die schlecht gelohnten Tabakarbeiter zu rechnen haben, geht daraus hervor, daß neben 174 an Streiks beteiligten gewählten Mitgliedern 2749 von Aussperrungen betroffen wurden.

Die Beratung der Anträge führte zu dem Beschlusse, daß die Wertesart für die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung in Zukunft von 3 Tagen auf eine Woche verlängert wird und daß beide Unterstützungen gegeneinander aufgerechnet werden. Der der Ortsgruppen verbleibende Anteil wird auf 10 Prozent festgesetzt, wovon jedoch 5 Prozent für Zweckzwecke an die Bezirke abgeführt werden müssen.

Am zweiten Verhandlungstage hielt zunächst der 2. Vorsitzende, Kollege Köblach, einen grundsätzlichen Vortrag über die Aufgaben und Ziele unserer Standesarbeit für die Tabakarbeitererschaft, in dem die gegenwärtige berufliche und soziale Lage eingehend gewürdigt, und die zur Hebung der Tabakarbeiterlage geleistete Arbeit in der Selbsthilfe und in der Gesetzgebung dargestellt wurde.

Sodann sprach der Kollege Hartmann über Tarifverträge. Hierzu wurde eine Entschließung angenommen. Durch die Neuwahlen in den Verbandsinstanzen sind keine Änderungen eingetreten.

**Die 6. Generalversammlung des christlichen Schneiderverbandes**

am vom 24.—26. August in Eisen halt. Die Begrüßungsvorträge nahmen einen sehr würdigen Verlauf. Die Festrede hielt Arbeitersekretär Kollege Klost und die Viedertafel der Verwaltungskasse Eisen unteres Verbandes trug zur Verschönerung des Abends bei.

Die Verhandlungen begannen am Montag, den 25. August. Dem vom Vorsitzenden des christlichen Schneiderverbandes Kollegen Schwarzmann erstatteten Geschäftsbericht entnehmen wir folgendes: Die Mitgliederzahl betrug Ende 1912: 4818, darunter 320 weibliche. Inzwischen ist die Mitgliederzahl auf über 5000 gestiegen. Etwa 75 Prozent der Mitglieder sind Seimarbeiter. Die Einnahmen der Haupt- und Nebenkassen betrugen während der Berichtszeit einschließlich eines Kassenbestandes von 26 101,58 Mark, 339 117,44 Mark; die Ausgaben 309 759,97 Mark; davon allein für Lohnbewegungen und Unterstützungs-zwecke 106 404 Mk. Das Vermögen des Verbandes betrug am Schlusse des Jahres 1912: 33 156 Mark. In der Berichtszeit war der Verband an 101 Bewegungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse seiner Mitglieder beteiligt. Davon konnten 71 auf friedlichem Wege erledigt werden, während 30 Bewegungen zum Streik führten. Zu größeren Kämpfen kam es 1911 in der Breslauer und 1912 in der Maschinenbau-Industrie, sowie 1912 infolge der Bewegungen in der Herrenmajonänerlei zur Aussperrung. Bewegungen wie Streiks, nahmen für die Arbeitnehmer einen befriedigenden Verlauf und endeten ohne Übernahme mit dem Abschluß neuer bzw. Erneuerung schon bestehender Tarifverträge. Am 31. Dezember 1912 war der christliche Schneider-Verband mit 4264 Mitgliedern an 113 Tarifverträgen beteiligt. In der Diskussion wurde die Taktik des Zentralverbandes beim Abschluß der Bewegung 1912 in jeder Hinsicht gebilligt. Der Jugend- und Arbeiterinnen-Organisation soll in Zukunft mehr Aufmerksamkeit geschenkt und der Arbeitsnachweis in allen Orten ausgebaut werden.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurden Referate erstattet über: „Die Seimarbeiterfrage“, „Die weitere Gestaltung des Tarifwesens“, „Tarifliche Rechtsfragen“ und über die Jugend- und Lehrlingsfrage im Schneidergewerbe. Zum Hausarbeitergesetz wird gefordert: Erlaß von wirksamen Vorschriften zum Schutze von Leben und Gesundheit der Seimarbeiter, Einbeziehung solcher Seimarbeiter in das Gesetz, die mit fremden Hilfskräften arbeiten und Lohnämter anstelle der heutigen Fachauschüsse, die berechtigt sind, Mindestlöhne mit gesetzlicher Wirkung festzusetzen, und Zulassung der Organisationsvertreter zu den Lohnämtern bzw. Fachauschüssen.

Nach dem Antrage der Statuten-Beratungs-Kommission wurde die Einführung einer Militärunterstützung abgelehnt. Die Arbeitslosenunterstützung sollten vorarbeiten getroffen und die nächsten Generalversammlung unterbreitet werden. Eine generelle Erhöhung der Beiträge wurde ebenfalls abgelehnt. Jedoch wurde beschlossen zur Entlastung der Hauptkasse ein Agitationsfonds durch Erhebung von Bezirksbeiträgen zu schaffen. Bei der Wahl des Zentralvorstandes wurde Kollege Schwarzmann wiedergewählt als Zentralvorsitzender.

**Zur Situation im Buchdruckgewerbe.**

Es ist schon lange das Bestreben des Gutenbergbundes daß sein Organ, der „Typograph“, gleich dem „Korrespondent“ (Organ des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes) ein offizielles Organ der Tarifgemeinschaft bestimmt und ihm alle Befanntmachungen der tariflichen Institutionen zugestellt werden. Heute ist das nicht der Fall. Die Mitglieder des Gutenbergbundes sind, wollen sie die Maßnahmen der tariflichen Institutionen kennen lernen — und das müssen sie —, gezwungen, das gegenwärtige Organ zu abonnieren. Diesem unhaltbaren Zustand wollte der Gutenbergbund schon durch einen Antrag im Jahre 1897 ein Ende machen. Der Tarifauschuß war damals nach dem Tarifierrecht, auch andere Organe zu bestimmen. Wder Erwartung le h n t e der Tarifauschuß diesen wohlberechtigten Antrag mit der Begründung, vor Ablauf des Tarifs könnten an demselben Änderungen nicht vorgenommen werden.

1901 bei der Tarifrevision hätte man, da der Tarif abgelaufen war, dem Antrag stattgeben können. Man tat es nicht. Trotzdem der Gutenbergbund auch im Jahre 1901 und 1911 bei den jedesmaligen Tarifrevisionen den Antrag erneuerte, wurde er stets abgelehnt. Der Tarifauschuß schickte im April d. J. legte der Gutenbergbund in einer Denkschrift die Beseitigung von Ungerechtigkeiten in der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker betreffend, nochmals den Antrag vor, den „Typograph“ gleich dem „Korrespondent“ anzuerkennen. Man ging auch diesmal zur Tagesordnung über. Der Deutsche Buchdrucker sagt in § 9 ausdrücklich:

„Die Wahl anderer Blätter bleibt dem Tarifamt überlassen, ist jedoch in geeigneter Weise vorher bekannt zu geben.“

Die 10. Generalversammlung des Gutenbergbundes, die am 27. Juli in Essen tagte, beauftragte den Hauptvorstand des Gutenbergbundes, dem Tarifamt den Antrag zu unterbreiten. „Auf Grund der Ihnen laut § 94 des Deutschen Buchdruckerarbeitsgesetzes zustehenden Befugnisse, das Organ des Gutenbergbundes, „Der Typograph“, als Organ für die Veröffentlichungen in Sachen des Tarifs in gleicher Weise wie „Die Zeitschrift“, Organ des Deutschen Buchdruckervereins und dem „Korrespondent“, Organ des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, anzuerkennen.“

Wider Erwarten hat das Tarifamt auch diesmal den Antrag des Gutenbergbundes glatt abgelehnt mit dem Bemerkten, daß der Antrag nicht begründet sei. Der „Typograph“ bemerkt dazu:

„Man sagt sich an den Kopf ob dieses Schreibens seit dem Jahre 1897 — wo der erste Antrag an den Tarifauschuß ging, aber abgelehnt wurde — kämpft der Gutenbergbund mit nicht zu widerlegenden Gründen für die Anerkennung des „Typograph“, und jetzt, nach 16 Jahren, ist der Antrag nicht begründet. Weiß das Tarifamt zu unseren oben angegebenen Gründen gar nichts zu sagen, oder sind das alles keine Gründe?“

Der „Typograph“ bedauert, daß man einen Vertreter des Gutenbergbundes zur Beratung seines Antrages nicht geladen hat, obwohl ausdrücklich bei der letzten Tarifrevision beschlossen worden sei, einen Vertreter des Gutenbergbundes zu den Sitzungen einzuladen, wenn die zu verhandelnden Angelegenheiten den Gutenbergbund betreffen.

Der „Typograph“ ist mit Recht empört über die Behandlung, die dem Gutenbergbunde fortgesetzt von den tariflichen Institutionen zuteil wird. Er fragt deshalb die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“, (das Organ der Prinzipale), ob sie den Beschluß des Tarifamts billigt, und fordert auch den Deutschen Buchdruckerverein (Prinzipalorganisation) auf, sich zu äußern, ob er dieses offensichtlich parteiische Vorgehen gegen den Gutenbergbund billigt. Daß ein großer Teil der Prinzipale ihn nicht billige, steht fest. Der Gutenbergbund selbst werde nicht ohne weiteres den ablehnenden Bescheid an den Akten legen. Was geschähe, darüber wolle er sich heute noch nicht weiter auslassen.

Wer den Artikel im „Typograph“: „Eine neue parteiische Handlung des Tarifamtes der Deutschen Buchdrucker“ aufmerksam liest, muß gestehen, daß der Gutenbergbund von der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker eine Behandlung erfährt, die jeder Beschreibung spottet. Es ist die höchste Zeit, daß diesem unhaltbaren Zustande ein Ende gemacht wird.

**Sozialdemokratische Verwaltungskunst in der Krankenversicherung.**

Wenn sich die Sozialdemokraten anläßlich der jetzigen Krankenkassenwahlen mit ihren angeblich „bewährten Grundsätzen“ für die Durchführung der Arbeiterversicherung auseinandersetzen, so muß ihnen auf Grund von Tatsachen der Spiegel vorgehalten werden. Die unter sozialdemokratischer Leitung stehende Münchener Ortskrankenkasse war im Jahre 1905 vor dem Bankrott angelangt; das Ergebnis sozialdemokratischer Verwaltungskunst war ein Defizit von 700 000 Mark, das durch eine wesentliche Herabsetzung der Leistungen und gleichzeitige Erhöhung der Beiträge ausgeglichen werden mußte. Im Jahre 1912 war die Kasse aber schon wieder so weit gekommen, daß die Verwaltungsbehörde eingegriffen und dem Auftrag erteilen mußte, entweder die Beiträge zu erhöhen oder die Leistungen herabzusetzen, weil der Reservefonds einen Gehalt von nicht weniger als 1 850 000 Mark aufwies. — In Oberdörfen bei München besteht ein Sanatorium, das nach den „bewährten“ sozialdemokratischen Grundsätzen verwaltet wird. Durch einen aufsehenerregenden Skandalprozeß im Jahre 1910, wo Sozialdemokraten gegen Sozialdemokraten standen, wurden ungläubliche Mißstände, Kliquenwirtschaft und Korruption aus diesem Oberdörfen Sanatoriums-Verwaltungspraxis aufgedeckt. Einer der beteiligten „Genossen“ bezeichnete die Zustände in dieser Anstalt in urwäldischem Biederlich als „Saulfall“. — In der Offenbacher Ortskrankenkasse wurde ein Geschäftsführer nach fast zehnjähriger, durchaus zufriedenstellender Amtstätigkeit durch schließliche Hinzugesetzt, weil er die Unvorsichtigkeit begangen hatte, seinen Austritt aus der sozialdemokratischen Partei zu erklären. An seine Stelle kam dann ein bisheriger Parteibüchler und Flakendierhändler, dessen Fähigkeiten im Verwaltungsdienst nur in seiner waschechten roten Farbe bestanden. — „Bewährter“ Grundsatz: Erst die Partei, dann die Interessen der Krankenkassenmitglieder! — In der von Sozialdemokraten beherrschten Ortskrankenkasse Kronsberg kam es Ende 1911 zum Bruch. Arbeitergebers- und Versicherter-Vertreter klagten in einer stürmisch verlaufenen Generalversammlung die Kassenleitung an, daß Parteipolitik in der Kasse getrieben wurde. Sogar einigt Genossen redeten von „Mißwirtschaft“ und „Anlistenarbeit“. — Ähnlich ging es in einer Generalversammlung der



gemeinen Ortskrankenliste Wülheim (Ruhr) am 9. Nov. 1911, wo ein „Genosse“ den Borkwurf erhob, der Kassenvorstand habe die „Mitglieder wie dumme Heloten behandelt... brutal nach unten, reichlich nach oben“. Bei der Umstellung von Beamten sei „Kudelmittel und Kuhhandel“ getrieben worden; sogar von „Schmiergeldern“ wurde geredet. Ein Krankentaggelband in Düsseldorf hat 1912 berechtigtes Aufsehen erregt. Durch einen Prozeß wurden Zustände aufgedeckt, die die Aufsichtsbehörde zum Eingreifen veranlaßten. Der auf die „bewährten Grundzüge“ der Sozialdemokratie eingehende Geschäftsleiter Lehner, gleichzeitig fahrender Obergenosse und Inhaber der Konzeption des Düsseldorfener roten Volkshauses, wurde seines Amtes enthoben. — Eine ungläubliche Kliquenwirtschaft und Korruption wurde leithin in der von Sozialdemokraten beherrschten Ortskrankenliste Solingen aufgedeckt. Unterschlagungen von mehr wie 60 000 Mark, Aufwendungsüberschüssen, geschwätzige Darlehen und ähnliche Dinge führten dazu, daß die Kassenverwaltung ihres Amtes enthoben und die schuldigen Personen unter Anklage gestellt wurden. In geradezu gewissenloser Weise war mit dem Kassenvermögen gewirtschaftet worden. Die Vertrautanten hatten gemeinsame Spritztouren in benachbarte Großstädte gemacht, wo oft in einer Nacht Hunderte von Mark vergenbet wurden. — Wenn derartige Fälle öffentlich bekannt werden, versucht die sozialdemokratische Presse in der Regel auch noch zu leugnen oder zu beschönigen, um die „bewährten Grundzüge“ zu retten.

Wahlberechtigte Krankentaggelmitglieder! Nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten müßt Ihr die Sozialdemokraten beurteilen! Wenn es Euch darum zu tun ist, daß der Ausbau und die Verwaltung der Krankentaggel frei von jeder Partei- und Günstlingswirtschaft nur im Interesse der Versicherten gehandhabt werden soll, dann wählt keine sozialdemokratische Kandidaten, sondern nur die Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterschaft!

**Der sozialdemokratische Parteitag und die Maifeier.**

Neben anderem wird dem sozialdemokratischen Parteitag das Sorgenkind, genannt Maifeier, das Leben sauer machen, wie aus dem „Vorwärts“ Nr. 220, 1913 ersichtlich ist. Der sozialdemokratische Zentralwahlverein für Telemont-Beesfow beschäftigte sich in seiner Generalversammlung am 24. August 1913 mit dem diesjährigen roten Parteitag. Der Referent Bagels, welcher als Delegierter gewählt wurde, führte zur Maifeier nach dem „Vorwärts“ aus: „Mit der Maifeier selbst — sagte der Redner — haben wir absolut keinen Erfolg gehabt. Im nächsten Jahre soll sie zum fünfundsanzwanzigsten Male gefeiert werden. Es wäre am besten, wenn wir das Jubiläumsjahr dazu benutzen würden, um mit der Maifeier ein Ende zu machen, denn sie erfordert in jedem Jahre nutzlose Opfer. Zum Teil liegt ja der Mißerfolg, den wir mit der Maifeier hatten, daran, daß die Gewerkschaften nicht für die Feier eintreten, oder, wie sie sagen, nicht eintreten konnten. Aber wie die Dinge jetzt liegen, wäre es besser, mit der Maifeier ein Ende zu machen, anstatt diesen Leichnam jedes Jahr wieder zu galvanisieren.“

Dieser Parteitag delegierte aus dem radikalen Berlin hat nicht allein die Meinung, die Maifeier sei ein galvanisierter Leichnam. Auf derselben Generalversammlung führte Genosse Ohlhoff nach der gleichen Vorwärtsnummer aus, ohne Widerspruch zu finden:

„Erfreulich sei, daß Bagels hinsichtlich der Maifeier ausgeprochen habe was ist. Wir könnten ruhig anfangen, mit der Maifeier Schluss zu machen. Das sollte der Parteitag tun. Die deutschen Genossen, als Vertreter des Landes, wo die Maifeier noch am stärksten durchgeführt wird, sollten auf dem internationalen Kongress beantragen, daß ein Ende mit der Maifeier gemacht werde.“

Nach dieser Stimmung im radikalen Berlin zu rechnen, wird die Sozialdemokratie ihren „galvanisierten Leichnam“ genannt Maifeier, sehr bald dem Verbrennungstode überliefern müssen, wie schon so manche rote Kata morgana.

**Am die christlich-nationalen Vorstands- und Ausschussmitglieder der Krankentaggel.**

Die Korrespondenz des Betriebskrankenlistenverbandes, der von den Scharfmachern gegen die Interessen der Versicherten gegründet ist, macht in letzter Zeit durch seine arbeiterschädigende Wirksamkeit wieder von sich reden. Dieser Verband, der eigentlich „Verband zur Wahrung der Interessen von Unternehmern, die Betriebskrankenlisten haben“, heißen müßte verstanden, steht eine Notiz an die deutsche Presse, in der er klar und bündig dazu auffordert, das Vermögen der zur Auflösung gelangenden Kassen möglichst vorher zu verpulvern. Er appelliert dabei vor allen Dingen an den Eigennutz. Den Kollegen wird bekannt sein, daß die Mitglieder der am 1. Januar 1914 zur Auflösung gelangenden Kassen meistens den allgemeinen Ortskrankenlisten überwiegen werden; selbstverständlich fällt damit auch das Vermögen ihrer bisherigen Kassen ebenfalls der neuen Kasse zu. Keinesfalls geht der Gesamt-Arbeiterschaft auch nur ein Pfennig der Vermögensbestände aufgelöster Kassen bei der Ueberweisung verloren. Im Gegenteil, je mehr der großen allgemeinen Ortskrankenliste an Mitteln von aufgelösten Kassen zugeführt wird, desto höhere Leistungen kann sie für die in ihr versicherte Arbeiterschaft gewähren. Das ist aber gerade der springende Punkt für den Betriebskrankenlistenverband! Er will, indem er an den Egoismus der Kassenvorstände und Ausschüsse appelliert, eine Erhöhung der Leistungen in den allgemeinen Ortskrankenlisten verhindern. Warum? Nun, weil dann die Betriebskrankenlisten ebenfalls auf Grund der Reichsversicherungsordnung gezwungen sind, die höheren Leistungen einzuführen. Die ganze Sozialversicherung ist auf dem Prinzip der Solidarität: „Alle für Einen und Einer für Alle“ aufgebaut, darum müssen unsere Versichertenvertreter in den zur Auflösung kommenden Krankentaggel unter keinen Umständen dulden, daß das Vermögen ihrer Kasse bis zum 1. Januar 1914 noch schnell verpulvert wird. Damit schädigen sie sich selbst und leiten Wasser auf die Mühlen des Essener Scharfmacherverbandes.

**Streits und Lohnbewegungen.**

**Aus der Heizungsbranche.**

Nach 5 1/2 wöchentlichem Streik ist in der rhein-westf. Heizungsbranche ein neuer Tarifvertrag zustande gekommen, wodurch die Bewegung ihr Ende gefunden hat. Aus dem Verlauf dieses Kampfes seien einige Momente hervorgehoben. Der am 27. September 1910 zwischen der Arbeitgeberorganisation und dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband abgeschlossene Tarif wurde vom Arbeitgeberverband gekündigt. Die von den Arbeitgebern vorgeschlagenen Änderungen sahen wesentliche Verschlechterungen des bisherigen Tarifs vor. Die vom sozialdemokratischen Verband erhobene Forderungen gingen erheblich über den bisherigen Tarif hinaus. Unter diesen Umständen war eine Einigung auf frieblicher Grundlage sehr erschwert. Ingerben wurde eine friedliche Einigung erschwert durch die Taktik des sozialdemokratischen Verbandes! Als die Verhandlungen vor dem Streik infolge der großen Spannung zwischen den Forderungen der Parteien auf den toten Punkt angekommen waren und beiderseitig die Forderungen revidiert bzw. reduziert werden sollten, bemerkten die „Genossen“, daß sie in ihren Forderungen eine direkte Lohnhöhung für alle Arbeiter „vergessen“ hatten. Dadurch entstand inmitten der Verhandlungen die neue Forderung nach fünf Pfg. Lohn-erhöhung pro Stunde für alle Arbeiter. Unter diesen Umständen scheiterten die Verhandlungen und am 15. Juli brach der Streik aus. Die Kollegen unseres Verbandes erklärten sich mit den von den „Genossen“ ursprünglich aufgestellten Forderungen einverstanden, erhoben jedoch gegen eine Verschärfung der Forderungen inmitten der frieblichen Verhandlungen Einspruch, weil eine solche Maßnahme den Regeln gewerkschaftlicher Taktik widerspricht. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hat vor den Tarifverhandlungen alles aufgestellt, um einen Tarifabschluß durch den christlichen Metallarbeiterverband zu hintertreiben. Unsere Kollegen mußten daher den Plänen der „Genossen“ gegenüber äußerst vorsichtig sein. In einer gemeinsamen Sitzung der Organisationsvertreter am 13. Juli wurde ausgemacht, nachdem die Verhandlungen mit der Arbeitgeberorganisation gescheitert waren, die Forderungen jedem Unternehmer einzeln einzureichen. Es wurde ferner vereinbart, daß sofort Abschlüsse mit einzelnen Firmen zustande kommen sollten, unser Verband bei solchen Firmen, bei denen derselbe — ohne Rücksicht auf die Zahl der in Betracht kommenden Mitglieder — vertreten sei, der Abschluß mit dem sozialdemokratischen Verbande gemeinsam zu erfolgen habe. Nach Ausbruch des Streiks ersuchte unser Bezirksleiter die Bezirksleitung des deutschen Metallarbeiterverbandes zu einer Sitzung der Streikleitung zusammenkommen zu wollen, um die Sachlage und eventuelle weitere Maßnahmen zu besprechen. Der Bezirksleiter Wallbrecht vom sozialdemokratischen Verband stimmte ohne weiteres zu; allein eine Sitzung der Streikenden anzubereiten, unterließen die „Genossen“. Statt dessen setzten in einzelnen Orten die üblichen Verbächtigungen gegen unseren Verband und dessen Mitglieder ein. Unsere Kollegen machten nicht mit, usw., das wurde sogar von solchen Orten behauptet, wo unser Verband in der Heizungsbranche nicht vertreten war. Auch gingen die „Genossen“ dazu über, allein mit einzelnen Firmen Abschlüsse zu treffen. Daß bei diesem Verhalten des sozialdemokratischen Verbandes unsere Kollegen erklärten, wir lehnen es ab, weiter zu streiken, wenn die „Genossen“ immer wieder versuchen, uns auszuschalten, und an einzelnen Orten unsere Kollegen ihre eigenen Wege gingen, ist ohne weiteres erklärlich. Am 12. August teilte uns der Arbeitgeberverband in einem Schreiben mit, daß auf Anregung des deutschen Metallarbeiterverbandes am 14. August die Verhandlungen wieder aufgenommen werden sollten. Dabei wurde dann festgestellt: Am 3. August hat sich bereits der sozialdemokratische Bezirksleiter Wallbrecht schriftlich an den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes gewandt und um Verhandlungen nachgesucht. Vom Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes wurde dieses Schreiben mit der Erklärung, daß dieses Schreiben nur als Privatbrief aufgefahrt werden könnte, nicht beantwortet. Am 9. August hat sich dann der sozialdemokratische Verband erneut offiziell an die Arbeitgeberorganisation gewandt. All diese Schritte wurden ohne Wissen des christlichen Metallarbeiterverbandes unternommen; die „Genossen“ haben also die christlichen Arbeiter hintergangen. Die Verhandlungen haben zu einem Lohn- und Akkordtarif geführt, der auf die Dauer von vier Jahren abgeschlossen ist. Die „Genossen“ glaubten beim Abschluß des Vertrages den christlichen Arbeitern noch eins verlesen zu können, sie erklärten, den Tarif nicht mit den Christlichen gemeinsam unterzeichnen zu wollen. Hierzu ist festzustellen, daß unser Verband sich nicht an den roten Verband gewandt und nicht an denselben zu wenden hatte, um einen Vertrag abzuschließen. Uns mußte es darauf ankommen, die im Gewerbe üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen auch unseren Kollegen zu sichern. Der Vertrag wurde abgeschlossen zwischen Arbeitgeberorganisation und Arbeitgeberverband. Für uns kam es darauf an, den Vertrag mit der Arbeitgeberorganisation abzuschließen und das ist trotz aller Winkeltzüge und Berrätereien der „Genossen“ gelungen. Unsere Kollegen mögen aus den Vorgängen lernen, unaufhaltsam an der Stärkung und Ausbreitung des Verbandes zu arbeiten.

**Zum Streik auf dem Emailierwerk „Rhenania“ in Düsseldorf.**

Die Arbeitgebervereinigung von Oberbill und Umgebung veröffentlicht in der „Düsseldorfer Zeitung“ Nr. 432 eine Notiz, nach welcher der Streik bei der „Rhenania“ für das Werk beendet sei. Daß diese Notiz nichts anderes wie ein Bluff ist, beweist die Tatsache, daß auf dem Schwelmer Werke der „Rhenania“ die Arbeiterschaft die Herstellung von Streitarbeit verweigert und aus diesem Grunde ca. 120 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt wurden. Diese Aussperrung wird hoffentlich jedem Metallarbeiter die Augen öffnen und ihn veranlassen, als organisierter Arbeiter nicht allein für seine Organisation die letzte Kraft einzusetzen, sondern auch jedem abseits des christlichen Metallarbeiterverbandes stehenden Berufs-kollegen den großen Wert unseres Verbandes nachzuweisen. Auf dem hiesigen Werke steht selbst nach einem zwanzigwöchentlichen Kampfe die Sache der Arbeiterschaft nicht schlecht. Nur wenige Defen werden mit Hilfe von Meistern und einigen arbeitswilligen Brennern klammerlich im Gange gehalten. Den Reisenden ist es fast unmöglich die hergestellte Ware abzuholen und neue Aufträge zu erhalten. Wie kann denn auch eine Fernkolonne brauchbare Emailierware herstellen? Auch wurde ein gelber Werkverein gegründet und übte man hierbei den schlimmsten Terror aus. Sämtliche beschäftigte Meister und Arbeiter müßten ihre Mitgliedschaft anmelden. Durch diesen Verein hofft die Werksleitung, den täglichen Arbeitsverdienst um 1.— bis 1 1/2 0 Mark niedriger zu halten, als wie auf den beiden anderen hiesigen Emailier-Werken. Diese Tatsache beweist wieder mit aller Deutlichkeit die traurige Rolle, welche die Wirtschaftsfriedlichen spielen müssen. Selbst den jetzt im Werke Beschäftigten wird weniger geboten, als wie früher die alten Arbeiter erhielten. Von den Streiken-

den wird bedingungslos Wiederaufnahme der Arbeit und Eintritt in den gelben Werkverein gefordert.

Wiederholt wurden Versuche unternommen zur Erreichung eines ehrlichen Friedens. Die Werksleitung lehnt aber jede Verhandlung strikte ab und besteht darauf, daß die Arbeiterschaft zu Kreuze kriecht. Durch eine solche Taktik wird höchstens das Werk ruiniert, jedoch kein dauerhafter Frieden erzielt. Würde Entgegenkommen gezeigt, so wäre dem Werke, daß ständig 8—10 Prozent Dividende verteilen konnte, ein unermesslicher Schaden erspart. Die Konkurrenzfähigkeit wäre gleichfalls nicht unterbunden worden. Daher kann die kämpfende Arbeiterschaft auf die volle Sympathie der Deffentlichkeit rechnen, bis ein ehrlicher Friede zustande kommt. Die hiesige Metallarbeiterschaft wird jedoch aus diesem Kampfe ihre Lehren ziehen und durch erhöhte Opferfreudigkeit, sowie durch weitere Stärkung unserer Organisation die Maßnahmen der Unternehmer zu durchkreuzen wissen.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zuzug fort.

**Hamburg.** Die Kupf- und Wagenschmiede stehen im Streik.

**Samn.** Die Gießereiarbeiter der Westfälischen Herd- und Ofenfabrik normals Wilms haben wegen Differenzen die Kündigung eingereicht.

**Düsseldorf.** Auf dem Emailierwerk Rhenania stehen die Arbeiter im Streik.

Die Bauklemper stehen im Streik zwecks Abschluß eines neuen Tarifvertrages.

Das Stahlwerk Krleger in Oberassel ist für Formere gesperrt.

**Gelsenkirchen-Schulte.** Bei der „Gutehoffnungshütte“, Abteilung Böler & Comp., bestehen Differenzen im Fein- und Mehrfachzug.

**Schwelm.** Bei dem Emailierwerk „Rhenania“ sind die Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Verweigerung von Streikarbeit ausgesperrt.

**Crefeld.** Bei der Dampfessel- und Apparaten-Bau-Anstalt Roever & Lersch bestehen Differenzen in der Kesselschmiede.

**Freudenberg i. Baden.** Die Firma Haaman ist gesperrt.

Zuzug ist fernzuhalten.

**Bekanntmachung des Vorstandes.**

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 7. Sept. der liebenunddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 3. bis 15. September 1913 fällig.

**Bekanntmachung.**

Das Mitglied Nikolaus Demmerz Buch Nr. 68975 Verwaltungsstelle Köln, wird wegen unkollegialem Verhalten aus dem Verbands ausgeschlossen.

**Die graue Pahlkarte.**

zur Reichs-Arbeitslosen-Statistik sollte spätestens am 3. d. Monats abgeschickt sein. Soweit das noch nicht geschehen, ist die Karte umgehend abzusenden.

**Aus dem Verbandsgebiet.**

**Essen.** Für die Kunst- und Hauschlöffer fand am 11. August eine von unserem Verband einberufene öffentliche Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: „Die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Schlöffergewerbe nach Einführung des Tarifvertrages und was bedenken die Gesellen derjenigen Schlöffermeister zu tun, welche die Tarifbestimmungen nicht einhalten? Der Referent, Kollege Gröne, legte zunächst die Verhältnisse dar, wie sie vor Einführung des Tarifvertrages im hiesigen Schlöffergewerbe bestanden. Die Arbeitszeit betrug 60 bis 66 Stunden pro Woche. Das Ueberstunden- und Akkordwesen war vollständig unregelmäßig. Sehr ungünstig fanden auch die Lohnverhältnisse. Für gleichalterige und gleichwertige Gesellen wurden Lohnunterschiede von 10—12 Pfg. pro Stunde festgestellt. Der Durchschnittslohn betrug vor Einführung des Tarifes 45 Pfg. pro Stunde. Nach Einführung des Vertrages, der am 1. August 1912 in Kraft trat, gestalteten sich die Verhältnisse bedeutend besser. Die vorgeschriebenen Mindestlöhne betragen im zweiten halben Jahre nach beendeter Lehrzeit 36 Pfg., im zweiten Jahre 42 Pfg., im dritten 46 Pfg., im vierten 50 Pfg. Nach dieser Zeit müssen mindestens 55 Pfg. bezahlt werden. Der Mindestlohn für selbstständige Gesellen beträgt 60 Pfg. Desgleichen sieht der Tarif während der Vertragsdauer eine Lohnhöhung von 3 Pfg. pro Stunde für die Gehälften vor, die vorstehende Mindestlöhne bei Einführung des Vertrages schon verdienten. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde auf 59 Stunden festgelegt. Auch die anderen Angelegenheiten, wie Ueberstundenzuschläge, Akkordwesen, Montagelagen usw. fanden tarifliche Regelung und brachten den Gesellen bedeutende Vorteile. So werden jetzt für Ueberstunden 25 Prozent, für Nacharbeit 50 Prozent und für Sonntagsarbeit 100 Prozent Zuschlag bezahlt. Für auswärtige Montagelagen wird eine Zulage von 2,50 Mark vergütet. Der Tarif wird im allgemeinen von den Meistern eingehalten, nur in den Betrieben, wo die Gesellen nicht organisiert sind, entstehen bei der Durchführung Schwierigkeiten. So mußte seit Bestehen des Vertrages das Gewergericht viermal und die Schlichtungskommission einmal angerufen werden. In drei Fällen blieben die Kläger Sieger in den anderen Fällen wurden die Kläger abgewiesen, weil sie den tarifmäßigen Lohn nicht verlangt hatten und dadurch ebenso gut tarifbrüchig wurden, wie der Meister. Eine Klage gestaltete sich infolge ihrer Begleiterscheinungen besonders interessant. Ein Geselle klagte gegen seinen früheren Arbeitgeber auf Nachzahlung von 10 Pfg. pro Stunde für 294 geleistete Arbeitsstunden. Er hatte für diese Zeit 50 Pfg. erhalten und beanspruchte nach seiner Entlassung den Mindestlohn für selbstständige Gesellen.



Dabei berief er sich auf seine bestandene Meisterprüfung. An Gerichtsstelle wurde nun zunächst festgestellt, daß der Geselle den Tariflohn nicht beansprucht, dann aber auch, daß er das Meisterschild gar nicht allein gemacht hatte. Jetzt sind seitens der Zwangsinnung Schritte unternommen, dem „Auchmeister“ seinen Meistertitel wieder zu entziehen. Der betreffende Geselle hatte unseren Verband mit der Vertretung betraut und sich zu diesem Zweck aufnehmen lassen. Nachdem er nun durch seine wahrheitswidrigen Angaben derartig bloßgestellt war, ist er wieder ausgetreten.

Eine sehr unruhliche Rolle beim Tarifabschluß spielte der rote Metallarbeiterverband. Nachdem die Bewegung gemeinsam eingeleitet war, trat er im Verlauf derselben zurück und beging nach Abschluß des Vertrages durch unseren Verband allein, noch die — Dummheit, von einem Tarif mit jauner-vollen Schönen zu treten. Trotzdem stecken auch die Genossen die Lohnerhöhungen, die der Tarif vorschlägt, ohne Gewissensbisse ein. Daß der Essener Tarif sich sehen lassen darf, mag folgende Gegenüberstellung der Tarife zeigen, welche in den sogenannten roten Hochburgen abgeschlossen sind.

Table with 5 columns: Stadt, Lohn 1912, Der höchste während der Tarifdauer vorgesehene Mindestlohn (beträgt, wird erreicht?), Tarif läuft ab. Rows include Essen, Berlin, Bremen, Magdeburg, Dresden, Breslau, Mannheim, and Hamburg.

Der Hamburger Tarif wurde erst kürzlich erneuert und beträgt jetzt der höchste vorgesehene Mindestlohn 0,65 Mark pro Stunde.

So sehen also die Löhne in den Verträgen des Schlossergewerbes aus, die in roten Domänen abgeschlossen wurden. In mehreren anderen Städten mit sozialdemokratischer Mehrheit haben es die Genossen noch nicht einmal zu Tarifverträgen gebracht. Die Essener Schlossergesellen schämen daher die sozialdemokratische Wichtigmacherei richtig ein und treten für die Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes ein. Heute, nach einjährigem Bestehen des Tarifvertrages, wünschen selbst die Genossen am Verträge beteiligt zu sein, wie dies sozialdemokratische Verbände schon ausgedroht haben.

Wollen nun auch die Gesellen an den Vorteilen des Tarifvertrages teilnehmen, die bei den tarifuntreuen Meistern beschäftigt sind, steht ihnen nur ein Weg zum Erfolg offen: das ist der Anschluß an den christlichen Metallarbeiterverband.

An das Referat schloß sich eine Diskussion, in welcher Vergleiche zwischen den Verhältnissen in den tarifierten und nicht tarifierten Betrieben gezogen wurden. Diese fielen alle zu Ungunsten der letztgenannten aus. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß der Arbeitsnachweis für Hauskloster besser ausgebaut werden müsse. Der Sektionsvorstand habe bereits Schritte zur besseren Arbeitsvermittlung getan. Jeder Arbeitslose müsse sich aber auch frühzeitig auf dem Büro unseres melden.

Kollegen! Wie vorstehender Bericht zeigt, ist es nur durch den Tarifvertrag möglich, die Verhältnisse im Kunst- und Ausschlagsgewerbe zu bessern. Wollen wir auch im nächsten Jahre eine weitere Verbesserung unserer Verhältnisse erreichen, so müssen wir bestrebt sein, alle noch fernstehenden Kollegen für unsern Verband zu gewinnen. Dies kann nur geschehen, durch eine durchgreifende Branchen- und Hausagitation. Jeder Kollege stelle seine Mann, wenn es gilt, unsere Reihen zu stärken, denn nur durch vollständige Geschlossenheit können wir Erfolge erringen.

Bonn. Am 27. August 1913. Am Sonntag, den 24. August, fand hier die Wahl zum Ausschuss der neuen „Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Bonn“ statt. Von den Arbeitnehmern wurden 2527 gültige Stimmen abgegeben. Die christlichen Kandidaten erhielten 1665 Stimmen, oder 27 Vertreter im Ausschuss. Die sozialdemokratischen Kandidaten erzielten 862 Stimmen oder 13 Vertreter. Die neue Kasse tritt mit etwa 20000 Versicherten an die Stelle der beiden bestehenden Ortskrankenkassen. Bei den Wahlen zu diesen Kassen im Vorjahr 1912 brachten die christlichen Arbeiter 959 bzw. 367, zusammen 1326 Stimmen, die sozialdemokr. 783 bzw. 280, zusammen 1063 Stimmen auf. Die christlichen Stimmen haben sich demnach um 339 vermehrt, die sozialdemokratischen um 201 verringert.

Frankenthal. In Nr. 32 beschäftigten wir uns mit dem Festredner bei der Konstantinerfeier im nahen Edigheim am 6. Juli d. J. Wir erklärten, daß es jedem objektiv denkenden verständlich sei, wie der Mann sein Verhalten bei der Feier mit der Zugehörigkeit zum sozialdemokratischen Metallarbeiterverband vereinbaren könne. In Nr. 34 der sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitung gibt uns ein Genosse nach einigen allen abgezogenen Bemerkungen über unsere Bewegung eine Erklärung über das Verhalten des oben genannten Metallgenossen, die mehr als „Tomisch“ ist.

Ohne auf die Ausführungen in unserem Artikel einzugehen, schimpft der komische Genosse ganz wütend über den L. R. und schwafelt von „anzurechtstehenden Männern“, die sich dem Gängelbunde des L. R. einziehen wollen. Der unwürdig veranlagte Genossenschreiber hält die Ausführungen über die Edigheimer Versammlung und ihren Redner für „Geistesblühe“ des L. R., obwohl wir wissen müßten, daß der Bericht nicht nur zuerst in „Rt. Volksblatt“, sondern auch in der Frankenthaler Zeitung zu lesen war. Den Gipfelpunkt aber erreicht der rote Strich, wenn er unsere Notiz einen „Verleumdungsartikel“ nennt und uns „geffern und verdammen“ vortreibt. Es ist ihm aber nicht möglich, in dem Artikel auch nur etwas Verleumderisches zu finden. Wenn der rote Artikelsschreiber nicht weiß, wo hier in Frankenthal die Verleumder sitzen, so mag er einmal bei einem gewissen Verbandsbeamten Erkundigungen einziehen, der kann es ihm sagen, wenn er ehrlich ist.

Auf den jenseitigen Phrasenschwall des roten Artikelsschreibers einzugehen, wäre der Sache zu viel Ehre angetan. Es gibt Leute, die eben gar zu komisch veranlagt sind. Nebenbei bemerkt, wußten wir schon vor acht Tagen, wer den Artikel schrieb und wie er ausfallen sollte; denn das erzählten sich schon die Lehrbuben in der Werkstatt. In unserem Artikel wiesen wir u. a. auch darauf hin, daß der „Festredner“ 30 Mark Unterstützung erhielt, auf die er keinen Anspruch hatte. Hierzu bemerkt der rote Artikelsschreiber der Metallarbeiterzeitung: „Der die Unterstützung erhielt, hatte gar nichts verlangt und betrachtete die damalige Handlung als ein Zeichen der Pietät und Hilfsbereitschaft usw.“ Jedenfalls kann niemand in Abrede stellen, daß der Herr die 30 Mark bereitwillig genommen hat. Seinen Dank erstattete er dadurch, daß er die Organisation, von welcher er die dreißig Mark erhielt, auf alle mögliche Weise zu schädigen sucht. Wenn weiter in Betracht gezogen wird, daß der M. R. in kath. Volksvereinsversammlungen usw. eine recht kräftige Sprache gegen seine roten Freunde führt, liegt die Annahme nahe, daß

er eine ebenso kräftige Sprache gegen die Christlichen führt, wenn er in den roten Versammlungen ist. Der rote Schreiber verzapft Sprichwörter, darum wollen wir ihm auch ein zur Beherzigung hersehen:

„Die saubersten Vögel sind es nicht, die ihr eigenes Nest beschmutzen!“ P. L.

Singen a. S. Einen äußerst anregenden Verlauf nahm unsere Mitgliederversammlung am 23. August. Kollege Gengler (Stuttgart) hielt einen sehr instruktiven Vortrag über die letzten großen Wirtschaftskämpfe. Der Werftarbeiterkampf — der nach dem Geständnis Schlichtes für den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband eine „moralische Niederlage“ bedeutet —, der Zusammenbruch des roten Verbandes bei Bosch in Stuttgart, wie auch die verschiedenartige Taktik der Genossen hierbei, fand treffliche Beleuchtung. In den Vertikalen werden die Arbeiter in die Betriebe zurück gejagt, weil diese unter nicht vollständiger Einhaltung der Verbandsstatuten in den Streik traten. Sie mußten zurück, obwohl sie in großer Majorität für den Streik waren. In Stuttgart bei Bosch wurden die Arbeiter, die nicht streikten wollten, auf Umwegen, unter persönlichem Druck der Verbandsinstanzen durch eine Handabstimmung zum Streiken gezwungen. Das Resultat ist eine große Mitgliederflucht im roten Lager. Hunderte von alten Boscharbeitern liegen auf der Straße. Leider wird durch die Taktik der Genossen das Arbeiterinteresse schwer geschädigt. Schuld daran ist, daß die freien Gewerkschaften die Rekrutenschule der sozialdemokratischen Partei sind und vom reinen Gewerkschaftszweck abgekommen sind. Demgegenüber ist heute für die Metallarbeiter eine Organisation notwendig, die auf politisch und religiös neutraler Grundlage als unabhängige Arbeiterorganisation die Interessen der Arbeiter vertritt. Nur auf dieser Grundlage, frei vom Adulterium, muß aber auch frei von gelber Unterwürfigkeit, wollen wir im christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands an der Hebung der Lage der Metallarbeiter arbeiten. Wer hier mitarbeitet, sorgt für eine vernünftige Vertretung seiner eigenen Interessen und für eine Gesundung der deutschen Arbeiterbewegung.

Zu der Diskussion wurde auf das mit lebhaftem Beifall aufgenommene Referat besonders die Notwendigkeit einer energischen Betätigung aller Kollegen in der Werksarbeit, in der Hausagitation betont. Unter lautem Bravo konnte der Vorsitzende mitteilen, daß durch die Hausagitation in diesem Quartal bereits ein Zuwachs von 25 Kollegen zu verzeichnen sei. Wenn alle Mitglieder hier ihrer gewerkschaftlichen und Arbeiterpflicht nachkommen, so werden weitere Erfolge zu erzielen sein. Zur Diskussion gelangte weiter der Antrag der Ortsgruppe Ulm betr. Stärkung der Bezirksklasse. Nach kurzer Begründung des Bezirksleiters und Befürwortung einiger Kollegen gelangte der Antrag Ulm zur einstimmigen Annahme. Wärdten alle Gruppen des Bezirks hier nicht lokale Kirchturnskomitee wälten lassen, sondern mit Begeisterung an der inneren und äußeren Stärkung des Verbandes arbeiten.

Zur Frage der Volksversicherung wurde seitens des Referenten noch betont, daß wir die Volksfürsorge nicht nur wegen ihres sozialdemokratischen Charakters, sondern auch wegen ihrer gegenüber der Deutschen Volksversicherung A.-G. verhältnismäßig geringeren Leistungen ablehnen. Der Schlusssatz ging dahin: mit Mut und Energie in die Kleinarbeit zur Stärkung unseres Verbandes.

Amberg-Regensburg. (Bayern). Die Arbeiter des hiesigen nachlichen Hüttenwerkes haben einen schönen Erfolg durch die Tätigkeit unseres Verbandes erzielt. Es kommen etwa 50 Arbeiter auf dem ganzen Werke in Frage, wovon drei Viertel bei uns und ein kleiner Bruchteil rot organisiert ist. Unsere Vertretungsstelle Amberg richtete dem Wunsch der Arbeiter entsprechend eine Eingabe an die Werksleitung. In derselben wurde eine Lohnerhöhung und ein Arbeiterauschuss gewünscht. Am 8. August wurde sie eingereicht. Zunächst herrschte Ruhe; darum erfolgte am 25. August ein persönliches Vorstellenwerden der Organisationsvertreter. In der Aussprache mit den leitenden Instanzen wurde eine Lohnerhöhung von 20 und 10 Pfennig pro Tag für die einzelnen Kollegen erreicht. Die Lohnerhöhung tritt sofort in Kraft. Gegen die Einführung eines Arbeiterauschusses wurde nichts eingewendet. In der Mittagsstunde wurde den Arbeitern das Resultat mitgeteilt und gutgeheißen.

Die Kollegen sehen daraus, was Energie vermag. Jetzt heißt es, fest an der Organisation halten, damit wir Schritt für Schritt voran kommen. Das Schlimmste am Bierisch ist zweifellos. Kommt etwas vor, dann sofortige Meldung an unser Büro in Amberg. Dann wird schon nach dem Rechten geachtet werden. Den besten Dank, den wir dem Verbands für seine erfolgreiche Tätigkeit zollen müssen ist, daß wir nicht nur treue Mitglieder bleiben, sondern auch dafür sorgen, daß in unserer Gegend der letzte Mann dem christlichen Metallarbeiterverbande zugeführt wird. Was nicht mit uns geht, ist gegen uns.

Die Zentral-Frankenthal-Zuschußklasse

Der kath. Arbeiter-Vereine und Christlichen Berufsverbände Deutschlands Zahlstelle Berlin, hielt am 24. August eine ordentliche Versammlung. Aus dem Geschäftsbericht für das zweite Quartal geht hervor, daß die Einnahme im Ganzen 166,630,31 Mark betrug und die Ausgaben 137,295,30 Mark. Die Mitgliederzahl 29,566. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß in diesem Jahre 53 Wochenbeiträge von den Mitgliedern zu erheben sind. In den Vorstand wurden gewählt: Martin Breitenbach, Vorsitzender, 10, 55, Naugardstraße 37 b.; Georg Bodisch, Kassierer, E. 12, Dranienstr. 67; Walter Schürze, Schriftführer, Haenke, Weisfische Str. 5-6; Heinrich 1 Karl Springer, D. 17, Königsberger Str. 5-6; Heinrich 2 Otto Saalbreiter Nr. 65, Müllerstr. 145, Hof 3 Treppe.

Als Zahlabend wurde die Versammlung des Verbandes Königsgraben Nr. 2 festgesetzt. Der Kassierer nimmt auch in seiner Wohnung bis 9 Uhr abends Zahlungen entgegen. Das Frankenthal wird dort auch ausbezahlt. Für Oberstönweide laßiert Franz Bergmann, R. Schönweide, Kasseverberstraße 5. Für den Norden Theodor Pawlowski R. 20, Hellerwaustr. 92. Angenommen wurde ein Kollege. Die Mitgliederzahl mit Ueberweisungen beträgt 19. Mögen nun alle tätig werden, damit unsere Zahlstelle bald eine den Mitgliederzahlverhältnissen Groß-Berlins entsprechend starke wird.

Berichtungsstammler.

Kollegen und Kolleginnen! Verbannt ohne triftigen Grund keine Versammlung! Samstag, den 6. September. Berlin. Abends 8,30 im katholischen Gesellenverein. Köln-Grabenfeld. Abends 8,30 Uhr bei Wittkamp, Senloerstraße.

Eberfeld. Abends 8,30 Uhr bei Gerlenrauth, Klogsbahn. Offen-Rettling. Abends 8,45 bei Buchmüller. Offen-Elektronmonteur und Hilfsmonteur. Abends 8,45 „Bürgerhalle“, Rottstraße 19. Offen-Kunst- und Handwerker. Abends 8,45 in „Bürgerhalle“. Freiburg i. B. Abends 8,30 Uhr im Gantterbräu, Schiffsstr. 7. Gaggenau. Abends 8,30 im Bahnhof. Göttingen. Abends 6 Uhr in der „Harmonia“. Dülheim. Abends 8,30 Uhr bei Gottfried Schmidt. Delbe. Abends 8,30 Uhr bei Sommer. Ref. Kollege Fröher, Gant. Stuttgart. Abends 8,30 Uhr im römischen König, Holzstr. 3.

Sonntag, den 7. September.

Altenhagen. Vorm. 11 Uhr bei Aug. Stelthaus, Boelerstr. 1. Bellheim. Jeden 1. Sonntag im Monat Versammlung abwechselnd im „Hilf“ und „Kreuz“. Berlin-Friedrichsberg. Nachm. 8 Uhr im deutschen Gärtnerhause, Stralauerstr. 53. Bonn. Morgens 10 Uhr bei Bonn, Wilhelmstraße. Crefeld-Billich. Abends 8 Uhr bei Krüden, Gantstraße, Versammlung mit Vortrag: Frau und Gewerkschaftsbewegung. Eßla-Bingst. Morgens 11 Uhr außerordentliche Generalversammlung bei Ditz. Düsseldorf. Vorm. 11 Uhr gemeinsame Mitgliederversammlung im Paulshaus, Lintenkrahe 33/35. Dautz. Nachm. 2 Uhr im Josephshaus. Dautz-Jugendabteilung. Vorm. 11 Uhr im Josephshaus. Dortmund-Dombach. Nachm. 8 Uhr bei W. Schnitter, Krichs. Dortmund-Schwerte. Vorm. 11 Uhr bei Störbe, Generalversammlung. Duisburg-Neudorf. Morgens 11 Uhr bei Schöer, Dittstraße. Duisburg-Laar. Vorm. 11 Uhr bei Fauson, Katterstraße. Essen-Nord. Vorm. 11 Uhr bei Schöler, Niederstraße. Essen-Altstadt. Vorm. 11 Uhr in „Bürgerhalle“ Rottstraße. Essen-Solterhausen. Vorm. 11 Uhr bei Buchner. Essen-Jugendklasse. Nachm. 4 Uhr im „Bürgerheim“, Sobelstraße 54. Gelsenkirchen-Neustadt. Vorm. 11 Uhr im Aufrichtrestaurant, Bochumerstraße. Gelsenkirchen-Gladbeck. Nachm. 4 Uhr bei Norpoh. Gagen. Sonntag, den 7. September in den Lokalen der „Freibrot“ Gewerkschaftsfeier. Es ist Ehrenpflicht der Metallarbeiter, vollständig am Festzug teilzunehmen. Garmorn. Nachm. 3 Uhr im Stolpingshaus, Dillweg. Gannau. Vorm. 11 Uhr im „Bräunli“, Gärtnerstraße. Seidenheim. Vorm. 10 Uhr in der „Germania“. Karlsruhe-Daglanden. Nachmittags 3,30 Uhr Versammlung in „Hilf“. Karlsruhe-Göttingen. Vorm. 10 Uhr Vorstands- und Vertrauens. Rors-Hebach. Nachm. 6 Uhr bei Demmer in Hebach. Rath-Genmar. Morgens 10,30 Uhr bei Kreim. Männer-Sitzung im „Wilde Mann“. Schalksmühle. Nachm. 6 Uhr bei W. Bedder, Halverstraße. Schmelm. Vorm. 11 Uhr bei Wiese, Bahnhofsstraße. Siegburg. Morgens 10,30 Uhr im Menoriten, Kronprinzenstraße. Steinfurde. Vormittags 11 Uhr bei Sandwich, Goltenerstraße 1. Trier. Vorm. 11 Uhr bei Kreim, an der Meerkassiererei.

Dienstag, den 9. September.

Dortmund-Lünen-Wehmar. Abends 8,30 Uhr bei Strohmeier, Vertriebsmänner-Sitzung. Gelsenkirchen-Bunke. Abends 8 Uhr bei Wessche, Hohenzollernstraße.

Mittwoch, den 10. September.

Dautz-Laental. Abends 8 Uhr bei Wölke.

Donnerstag, den 11. September.

Dautz-Ohra. Abends 8 Uhr bei Wachsmann. Dortmund 1 und 2. Abends 9 Uhr Vertrauensmänner-Sitzung. „Zum goldenen Löwen“ Kampstraße. Köln-Stadt: Sektion der Schmiede. 8,30 Uhr „Zur Natismühle“ Neumarkt 18. Karlsruhe-Göttingen. Abends 8 Uhr mit Vortrag im „Wilde Mann“. Wiesbaden-Stadt. Abends 8,30 Uhr Vorstandssitzung, Untere Angasse 20.

Freitag, den 12. September.

Dautz-Schedlik. Abends 8 Uhr bei Blalk zu Gmaus.

Samstag, den 13. September.

Berzen. Abends 8,30 Uhr im Jägerhof, Ecke Jäger- und Wäldinghausstraße. Bremen. Abends 8,30 Uhr im Colosseum, Düsternstr. 1. Berlin-Norden. Abends 8,30 Uhr bei Schiede, Güttenstraße 4-5. Gremmit. Abends 8,30 Uhr im „Brennischen Hof“, Brauhausstr. 18. Crefeld. Heizungsmonteur, Klempner und Installateur. Abends 8,30 Uhr in der Reichshalle. Crefeld-Hülk. Abends 9 Uhr bei Reiz, an der Kirche. Dortmund. Abends 9 Uhr bei Kroll, Körnerplatz. Durlach. Abends 8,30 Uhr im Bahnhof. Düsseldorf-Derendorf. Abends 8,30 Uhr im Lokale Duerling, Ecke Münster- und Barbarastrasse. Gumboldtslohne. Abends 8,30 Uhr bei Guth, Wattstraße. Karlsruhe. Abends 8,30 Uhr im Palmengarten, Herrenstraße. Köln-Lindenthal. Abends 8,30 Uhr bei Sadelcer, Bachmerstr. 129. Gagen-Altstadt. Abends 8,30 Uhr bei Eichhof, Körnerstraße 17. Gamburg. Abends 8,30 Uhr in Willems Gesellschaftshaus, Kollhöfen 27. Länderscheid. Abends 8,30 Uhr bei Diemer, Wilhelmstraße. München-Ortsverwaltung. Abends 8 Uhr im Lokale Leopoldstadt, Senefelderstraße 11. Ratingen. Abends 9 Uhr im Lokale Rürten, Bechmerstraße. Radolfzell. Abends 8 Uhr im katholischen Vereinshaus. Stuttgart-Ludwigsburg. Jugendsiche. Abends 7 Uhr bei Wetmann. Stuttgart-Ruffenhau. Abends 8,30 Uhr in der Traube. Stuttgart-Feuerbach. Im Lokale zum gold. Fische, Stuttgarterstr. Lönisheide. Abends 8,30 bei Wwe. Lange. Vohwinkel. Abends 8,30 Uhr bei Schmidt, Kaiserstr. 178. Würzburg. Abends 8 Uhr im Lokale Zint-Hoffmann, Herrengasse.

Sonntag, den 14. September.

Beckum. Vorm. 11 Uhr bei E. S. Schulle, am Markt. Brühl. Morgens 11 Uhr bei Griesberg, Hiltstraße 8. Hehenburg. Vormittags 11 Uhr bei Grlhof. Crefeld-Ortsverwaltung. Nachmittags 3 Uhr in der Reichshalle Vorstands- und Vertrauensmänner-Sitzung. Dortmund-Lünen-Wehmar. Vormittags 11 Uhr im Lokal Wäldinghaus. Dürenwald. Mittags 1 Uhr bei Fahlender. Jugendsiche nehmen teil. Dortmund-Berne. Nachmittags 4 Uhr im Lokal Tellenberg. Dautz-Johpot. 11 Uhr im Zoupoter Hof. Düsseldorf-Eller. Vormittags 11 Uhr im Lokale Haasevelt, Gumberstraße 120. Düsseldorf-Oberkassel. Vormittags 12 Uhr im Lokale Wöffen, Wegallee 50. Gbingen. Vorm. 11 Uhr im Hüttenheim. Gelsberg. Nachmittags 3 Uhr bei Schillen, Mittelstraße. Gaan-Solingen. Vormittags 11 Uhr bei Krähwinkel. Köln-Kalk. Morgens 10,30 bei Hüntgenberg, Breuerstraße 14. Menden. Morgens 11 Uhr bei Lieber. Rottburg a. N. Vorm. 10 Uhr im Emgel. Sürth. Morgens 11 Uhr bei Dfer. Straubing. Vorm. 10,30 Uhr im Münchener Hof.

Montag, den 15. September.

Crevenhroth. Gleich nach Feierabend im Lokale Bienefeld, Rheydestraße.

Dienstag, den 16. September.

Dautz-Oliva. Abends 8 Uhr im Vereinshaus.

Mittwoch, den 17. September.

Düsseldorf-Verdt. Abends 9 Uhr im Lokale Wöffen, Crefeldstr.

Donnerstag, den 18. September.

Dautz-Neufahrwasser und Birren. Abends 8 Uhr im Josephshaus zu Neufahrwasser. Duisburg-Wanheim. Abends 8,30 Uhr bei Gruber.

Adressen.

Gamm. Die Geschäftsstelle befindet sich jetzt Wilhelmstraße 11.